

Landesgelder für Bibliothek-Ausbau?

Staßfurter Linke regen bei Stadtverwaltung an, sich um finanzielle Hilfen für die Bücherei zu bemühen

Von Enrico Joo

Staßfurt • Die Nachricht ging in der vergangenen Woche durch mehrere auch überregionale Medien. „Sachsen-Anhalt will in diesem Jahr zusätzlich knapp eine Million Euro in die öffentlichen kommunalen Bibliotheken stecken“, hieß es in einer Agentur-Meldung.

Das Geld stammt dabei demnach laut Staatskanzlei in Magdeburg aus dem Nachtragshaushalt zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Mit dem Geld sollen die Einrichtungen Medien sowie Lizenzen für analoge und digitale Medien kaufen. Dazu soll mit der Förderung für die Bibliotheken auch der Ausbau

des Digital-Angebots „Onleihe“ gefördert werden, hieß es.

Stadtverwaltung kennt Sonderprogramm nicht

Ist das Sonderprogramm auch in Staßfurt eine Möglichkeit, um der städtischen Bibliothek zu helfen? Stadträtin Bianca Görke (Linke) jedenfalls hatte die Nachricht aufgeschnappt und wollte von der Stadtverwaltung wissen, ob sich um solche Hilfen bemüht wird. Auf Nachfrage in den Ausschüssen für Jugend, Senioren und Soziales sowie Kultur, Bildung und Sport am Dienstag teilte Fachdienstleiterin Ina Siebert mit, dass ihr ein sol-

ches Sonderprogramm für Bibliotheken nicht bekannt sei. „Wir werden das aber prüfen und die Antwort nachreichen“, sagte sie.

Der Stadtratsfraktion von den Linken ging es dabei auch nicht darum, mit dem Finger auf die Verwaltung zu zeigen. „Die Mitarbeiter können nicht alles wissen“, sagte Bianca Görke. „Es ging darum, initiativ zu sein und die Verwaltung zu beauftragen, nach Fördermöglichkeiten zu suchen, damit wir nicht wieder das Nachsehen haben. Es ist schließlich



Bianca Görke

kein Kleingeld. Die digitalen Lizenzen sind ja nicht preiswert.“

Stadtbibliothek zieht ab 1. Juni in die Innenstadt um

Gerade Bianca Görke ist in ihrer Funktion als Vorsitzende des Theaterfördervereins ständig auf der Suche nach Möglichkeiten für finanzielle Unterstützung durch Fördermittel. „Als Verein sind wir da sehr fokussiert“, so Görke.

Ab dem 1. Juni zieht die Staßfurter Stadtbibliothek aus den Räumlichkeiten im Kinder- und Jugendzentrum Nord aus und bezieht Schritt für Schritt die Räume im neuen

Verwaltungsgebäude „Haus am See“ in der Innenstadt. Der Umzug wird mehrere Wochen dauern. In der Zeit ist die Bibliothek geschlossen.

Der Staatskanzlei in Magdeburg ist es bei der Unterstützung wichtig, den kommunalen Bibliotheken unter die Arme zu greifen. „Diese Unterstützung ist besonders wichtig in Zeiten, in denen die Kommunen durch die Pandemiefolgen finanzielle Einbußen zu verzeichnen haben“, sagte Staats- und Kulturminister Rainer Robra (CDU). Es werde für Bibliotheken verstärkt darauf ankommen, „im digitalen Bereich nutzerfreundliche Angebote zu machen“.

VS_SFT_29.05.2021

Staufurter holen sich Kulturpreis

Salzlandkreis überreicht seine Auszeichnung für das Jahr 2020 in kleinem Rahmen

Die Gunst der Lockerungen nutzte Landrat Bauer jetzt, um den Kulturpreis 2020 des Salzlandkreises im Salzlandtheater Staßfurt zu überreichen.

Von Falk Rockmann

Staufurt • Mit etwa 30 Anwesenden ist der Teilnehmerkreis der kleinen Feierstunde im Theatersaal recht überschaubar. Landrat Markus Bauer (SPD) spielte dieses Mal nicht mit den üblichen drei großen W. Was den Salzlandkreis ausmache, sei Kultur, Kreativität, Klasse. Damit war er schon beim ersten Kulturpreisträger: Dietrich Genau aus Hoym.

„Sie bewahren die Kultur in der Region und tragen zur Vielfalt bei“, so Bauer, „herzlichen Dank dafür.“ Das Spezialgebiet des Seniors ist die Heimatmalerei. Er habe alle 40 Kultur-Stempelstellen im Salzlandkreis gezeichnet, begann Bauer zum Wirken des Hoymers aufzuzählen. Und man werde ihn dafür auch weiter brauchen. Mit Hilfe des Hobbymalers werde auch auf das Ringheiligtum Pömmelte besonders aufmerksam gemacht. Des Weiteren widmet sich Dietrich Genau dem Modellbau und er vermittelt nachfolgenden Generationen Geschichte.

Schließlich fand der Landrat auch nur lobende Worte für den Förderverein Salzlandtheater Staßfurt. Stellvertretend waren Bianca Görke als Vereinsvorsitzende und Stephan Czuratits als Leiter der Kultureinrichtung vor Ort. „Einen Verein hakt man gern als selbstverständlich ab“, erklärte Bauer, „das ist er aber nicht.“ Kreativ und ideenreich bringe der besagte Verein viele Aspekte der Kultur auf die Bühne. Nicht nur Schauspiel,



Anfang Mai 2021 würdigte der Theaterverein des Staufurter Salzlandtheaters seine Unterstützer mit bunten Stühlen, die die Sanierung der Empore als sogenannte „Stuhlpaten“ unterstützt hatten. Am Mittwoch wurden Vereinsvorsitzende Bianca Görke (links) und Einrichtungsleiter Stephan Czuratits (rechts) stellvertretend für den gesamten Förderverein mit dem Kulturpreis des Salzlandkreises ausgezeichnet.

Archivfoto: Franziska Richter

auch Workshops, Galerie, Kunst- und Erlebnisbörsen. Das Spektrum reiche zudem über großes Engagement hinaus – auch in Sachen Bildung und Inklusion. Der Laudator wünschte dem Verein, dass er fortsetze, was er angeschoben habe. Schließlich fördere er auch das Miteinander in der Region.

Bianca Görke nutzte die Gelegenheit, sich für die Ehrung bei den Vereinsmitgliedern und Unterstützern zu bedanken, die in diesen schwierigen Zeiten ihre Treue bewiesen haben. „Unser Verein orientiert sich nicht an Schwierigkeiten, sondern an Möglichkeiten“, so die Vereinsvorsitzende.

Zu den Gratulanten gehörte

auch Kulturstaatssekretär Gunnar Schellenberger (CDU), der den Kulturpreis des Salzlandkreises als „Wert-Zeichen und positives Signal nach außen“ betrachtet, welches man brauchen. „Wir alle haben das nötig – die positiven Gefühle kommen zurück“, meinte Schellenberger.

Landrat Bauer rief noch dazu auf, angesichts der kulturellen Angebote im Salzlandkreis wie beispielsweise auch Yoga im Ringheiligtum oder die Reihe „Klänge im Raum“, Gäste einzuladen. „Dennoch sollten wir achtsam sein. Die Krankheit ist noch nicht weg“, beendete Markus Bauer die kleine, kurze Feierstunde.

Der Kulturpreis

Seit 2013 würdigt der Salzlandkreis jährlich herausragende Leistungen von Personen, Personengruppen oder Institutionen, die sich durch ihr engagiertes Wirken in kultureller und künstlerischer Hinsicht um Literatur, Musik, die Brauchtums- und Heimatpflege sowie für Nachwuchsförderung, Theater, bildende und darstellende Kunst verdient gemacht haben, mit einem eigenen Ehrenpreis. So steht es in der Satzung zur Kulturpreisvergabe.

Quelle: Salzlandkreis



Dietrich Genau (links) aus Hoym nimmt die Glückwünsche von Landrat Markus Bauer entgegen.

Foto: Falk Rockmann

VS_SFT_18.06.2021

Kulturpreis für Hoymer

MZ_BBG_
18.06.2021

EHRUNG Dietrich Genau wird vom Salzlandkreis für sein Schaffen ausgezeichnet. Landrat Markus Bauer: „Er trägt zum Erhalt der kulturellen Vielfalt bei.“



Landrat Markus Bauer (rechts) würdigt Dietrich Genau aus Hoym für dessen künstlerisches Schaffen.

FOTO: FRANK GEHRMANN

VON KATRIN WURM

STABFURT/HOYM/MZ - Der Salzlandkreis ist recht groß, die Stadt Hoym dagegen eher klein, vergleicht Landrat Markus Bauer bei der Verleihung des Kulturpreises am Mittwoch im Staßfurter Salzlandtheater. „Und trotzdem ist vielen im Landkreis eine Person aus Hoym bekannt. Denn diese Person trägt maßgeblich zur Heimatpflege bei. Das strahlt über Hoym hinaus“, kündigt Bauer den neuen Kulturpreisträger des Salzlandkreises für das Jahr 2020 an. Dietrich Genau aus Hoym ist dieser besondere Heimatkünstler, dessen Werke im Landkreis allgegenwärtig sind. Hat er doch zum Beispiel die Siegel zu allen 40 Stempelstellen des Salzländer Kulturstempels gestaltet. „Und weil mir das Freude bereitet hat und die Zusammenarbeit mit dem Landkreis gut war, habe ich noch zu jeder Stempelstelle ein Aquarell gemalt“, sagt der frisch gebakene Kulturpreisträger am Mittwoch.

Dietrich Genau ist ein fleißiger Künstler. Seine Werke sind im Landkreis allgegenwärtig und seine Motive beschränken sich schon lange nicht mehr nur auf Hoym oder das Seeland. Unter anderem illustrieren sie auch zahlreiche Bücher oder Postkarten. „Er trägt die Kultur der Region mit seinen Werken über die Landkreisgrenze hinaus“, würdigt Markus Bauer und lobt die detailge-



Der Theaterförderverein Staßfurt, hier vertreten durch Bianca Görke und Theater-Leiter Stephan Czuratis, ist zweiter Träger des Kulturpreises. FOTO: GEHRMANN

„Mit seiner Arbeit vermittelt er Geschichtswissen.“

Markus Bauer
über Dietrich Genau

„Der Verein hat die Bildungsarbeit immer fest im Blick.“

Markus Bauer
über den Theaterförderverein

treuen Bilder. Auch in den Bereichen Modellbau und Holzschnitzerei ist er aktiv. „Mit seiner Arbeit vermittelt er Generationen Geschichtswissen“, so Bauer weiter in seiner Laudatio. „Deshalb verleihen wir Dietrich Genau als

Anerkennung für sein besonderes Engagement für die Heimatpflege den Salzländer Kulturpreis“, schließt der Landrat an und gratuliert dem Preisträger.

Zweiter Preisträger ist der Förderverein des Salzlandtheaters in

Staßfurt. Bianca Görke, dessen Vorsitzende, und Theater-Leiter Stephan Czuratis nehmen den Preis stellvertretend für den gesamten Verein an. Erst durch die Arbeit des Vereins sei es möglich, dass mit Schauspiel, Puppentheater, Kabarett, Konzerten, Tanz und Musical viele Aspekte der Kultur gezeigt werden können. Seine Mitglieder ermöglichen auch Workshops, Galerieausstellungen im eigenen Haus, eine Kunst- und Erlebnisbörse. Aber genauso engagiert sind sie in der pädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen oder in allen organisatorischen Belangen. Das mache den Verein zum festen Bestandteil unserer Kultur- und Bildungslandschaft, begründet Markus Bauer die Entscheidung.

Kulturstaatssekretär Gunnar Schellenberger, der ebenfalls an der Verleihung teilnimmt, würdigt die breite Kulturlandschaft im Salzlandkreis. „Dass der Landkreis Kulturpreisträger auszeichnet, zeigt, wie wichtig uns Kultur im Land ist.“

Die Verleihung des Kulturpreises 2020 ist am Mittwoch nachgeholt worden, weil sie im vergangenen Jahr coronabedingt ausgefallen war. „Wir leben immer noch in schwierigen Zeiten, auch wenn die Inzidenzwerte Anlass zur Hoffnung geben. Heute war es uns wichtig, ein Zeichen für die Kultur setzen zu können und endlich die Kulturpreisträger auszuzeichnen“, ordnet Bauer ein.

Bundespreis für Salzlandtheater

Spielstätte in Staßfurt bekommt Auszeichnung, die mit 75 000 Euro dotiert ist

76 Bühnen hatten sich für den Theaterpreis des Bundes beworben. Das Salzlandtheater hat als eine von elf Spielstätten einen Preis bekommen. Gewürdigt wurden unter anderen die Bemühungen, der Abwanderung in der Region mit Kultur entgegenzutreten.

Von Enrico Joo

Staßfurt • Bianca Görke hat Deutschland gerade verlassen. Die Vorsitzende des Staßfurter Theaterfördervereins ist im Urlaub. In den Masuren in Polen genießt sie wunderschöne Seenlandschaften und die Natur. Nach anstrengenden Monaten darf die Seele auch mal die Beine hochlegen. Die aktuelle Nachrichtenlage will es aber, dass sie doch öfter auf ihr Handy schaut. Immer wieder blinkt es, neue Nachrichten fliegen ein. Neue Gratulationen, die Görke auch im Urlaub natürlich freudig erwidert.

Das Salzlandtheater in Staßfurt hat eine besondere Auszeichnung bekommen. Als eine von elf Bühnen hat die Spielstätte in Staßfurt den Theaterpreis des Bundes 2021 bekommen. In Sachsen-Anhalt wurde neben dem Salzlandtheater nur noch das „WUK Theater Quartier Halle“ bedacht.

Der Theaterpreis des Bundes wurde 2015 von der Beauftrag-

ten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters, ins Leben gerufen und gilt als „Ermutigungspreis“. Er soll die kleineren und mittleren Theater abseits der großen Städte würdigen. Der Preis wird alle zwei Jahre verliehen und sollte daher jetzt in 2021 die Bemühungen in der Corona-Zeit auszeichnen. Dotiert ist der Preis mit jeweils 75 000 Euro.

Mehrere Projekte ausschlaggebend

Das Salzlandtheater hatte sich Anfang des Jahres beworben. Insgesamt gab es 76 Bewerbungen, die eine Fachjury einschätzen musste. Warum gerade das kleine Staßfurter Kulturkleinod bedacht wurde? „Seine Aufgabe sieht das Theater darin, die regionale Kultur zu fördern und gleichzeitig durch renommierte Künstler und Ensembles auf Staßfurt aufmerksam zu machen“, heißt es in der Begründung der Jury. „Den Herausforderungen der Region - Abwanderung, Arbeitslosigkeit, Strukturschwäche - mit kulturellen Mitteln entgegenzutreten, ist das erklärte Ziel des engagierten Teams.“ Das Salzlandtheater kämpft also auch gegen den Abwanderungstrend.

Die Jury würdigte das Salzlandtheater als generationenübergreifendes pädagogisches Zentrum mit inklusiven Theatergruppen, Konzerten und Auf-



„Das ist Wahnsinn. Wir sind überwältigt. Wir hatten

uns kaum Chancen ausgerechnet. Das kam überraschend.“

Bianca Görke, Theaterförderverein



„Wir sind unheimlich stolz. Es ist was Besonderes, auch

weil wir bisher das einzige Gastspielhaus sind, das ausgezeichnet wurde.“

Stephan Czurat, Theaterleiter

führungen für Kitas und Schulen, Projektarbeit mit Behinderten und Seniorenangeboten. In der Pandemiezeit seien nicht nur Ausfallhonorare gezahlt worden, sondern das Theater habe sich zur Beratungsinstanz mit Blick auf Fördermöglichkeiten entwickelt.

„Das ist Wahnsinn. Wir sind überwältigt“, sagt Bianca Görke. „Wir hatten uns kaum Chancen ausgerechnet. Das kam überraschend. Es wurde gewürdigt, dass wir in der Pandemie nicht einmal aufgesteckt haben. Zahlreiche Aktionen und Projekte wurden berücksichtigt.“

So hatte das Salzlandtheater die Corona-Zeit genutzt, um die Spielstätte auszubauen. Auch dank Fördermittel und Stuhlpantenschaft wurde die Empore wieder ertüchtigt, die seit Jahren nicht nutzbar war. Nun haben 40 Kulturinteressierte mehr Platz im Theater.

Im Dezember 2020 hatte das Salzlandtheater aber auch

einen Adventskalender auf die Beine gestellt, um trotz geschlossener Türen im Bewusstsein zu bleiben. Gewürdigt wurde aber auch die pädagogische Arbeit durch die Tanzpädagogik. Hier gab es in Corona-Zeiten vor allem Online-Training. Bemerkenswert ist auch die Trägerschaft, die in der Region einzigartig ist. Das Salzlandtheater wird seit 2005 durch einen Theaterförderverein getragen. In vielen anderen Städten werden die Spielstätten städtisch betrieben oder von Eigenbetrieben der Stadt verwaltet.

Viele Gratulationen von allen Seiten

Große Freude über die Ehrung herrscht natürlich auch bei Theaterleiter Stephan Czurat. „Wir sind unheimlich stolz. Es ist schon was Besonderes, auch weil wir bisher das einzige und erste Gastspielhaus sind, das ausgezeichnet wurde“, sagt er.

Davor wurden nur Spielstätten mit festem Ensemble gewürdigt. Auch Czurat hat die Tage sehr viele Glückwünsche und Gratulationen bekommen. Unter anderem auch von Landrat Markus Bauer und Staßfurts Oberbürgermeister Sven Wagner (beide SPD). „Das motiviert sehr“, so Czurat.

Nun muss innerhalb des Theaters vor allem geklärt werden, was mit den 75 000 Euro passieren soll, die das Salzlandtheater als Preis bekommt. Das ist noch unklar. „Die Herausforderung, ohne Geld auszukommen, kennen wir. Jetzt müssen wir schauen, was wir damit anstellen“, sagt Bianca Görke und lacht. „Ich habe tausend Ideen. Aber das müssen wir besprechen. Sicher kommt es aber der pädagogischen Arbeit und dem Spielbetrieb zu gute“, so Stephan Czurat.

Die Preisverleihung für den Theaterpreis des Bundes ist am 8. Juli in Berlin. Die Tanzpädagogin Jennifer Herzog, Theaterleiter Stephan Czurat und Bianca Görke als Vorsitzende des Theaterfördervereins werden den Preis gut angezogen entgegennehmen. Görke ist eigentlich noch bis Freitag, 9. Juli, im Urlaub in den Masuren in Polen. Sie bricht ihren Urlaub eher ab, um bei dieser großen Glanzstunde dabei zu sein. „Das ist einmalig“, sagt Görke. Die Heimgebliebenen dürfen dann per Livestream ab 19 Uhr die Auszeichnung verfolgen.

VS_SFT_01.07.2021

Hört Hin und Her in Lust bald auf?

Spielplatz-Wechsel im Löderburger Ortsteil nach Vor-Ort-Termin erneut auf der Tagesordnung

Der Spielplatz im kleinen Ortsteil Lust hat schon für ordentlich Schlagzeilen gesorgt. Der Ortschaftsrat war gegen einen Standort-Wechsel, der Sozialausschuss dafür. Es folgten Unterschriftensammlung und Vor-Ort-Termin. Das Thema wird nun nochmals im Sozialausschuss beraten.

Von Falk Rockmann

Löderburg-Lust • Was ist da bloß los in dem kleinen Örtchen am Braun'schen Kreuz? Offensichtlich geht es nicht nur um den Standort für zwei Spielgeräte.

Der Ortschaftsrat Athensleben fühlte sich von einer Entscheidung des Sozialausschusses überrumpelt, ja sogar übergegangen. Während die ortsansässigen Volksvertreter mehrheitlich für einen Verbleib des Spielplatzes an der jetzigen Stelle waren, meinte es der Sozialausschuss in Staßfurt eigentlich gut, in dem er zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen wollte: Nämlich eine alte Scheune abreißen und die At-

traktivität des Spielplatzes bei einem Umzug erhöhen. Durch Fördermittel in Höhe von rund 50000 Euro aus dem Leaderprogramm hätte die Stadt Eigenmittel in Höhe von lediglich etwa 6000 Euro aufzubringen. Hinzu kam, dass die bisherige Spielplatzfläche Bauwüchsig für vier Wohngrundstücke angeboten werden hätte können.

Das passte aber den meisten Ortschaftsräten alles überhaupt gar nicht.

Die Folge: Eine Unterschriftensammlung zeigte, dass mehr als die Hälfte der Einwohner von Athensleben, Rotenhörde und Lust gegen eine Standortverlegung ist.

Nächste Folge: Ein Vor-Ort-Termin wurde Mitte Juli angesetzt. Unter reger Beteiligung des Ortschaftsrates und des Ausschusses für Jugend, Senioren und Soziales.

Für Oberbürgermeister Sven Wagner (SPD) ließ dieser Termin erkennen, dass allen Beteiligten das Thema sehr wichtig ist. Auch sehr viele Einwohner von Lust hätten an der öffentlichen Diskussion unter freiem Himmel teilgenommen. Wie der OB weiter als Ergebnis des Termins zu-



Um diese Fläche, den Spielplatz von Lust, herrscht ein großes Gerangel.

Foto: Franziska Richter

sammenfasst, seien „in sachlicher Atmosphäre alle Vor- und Nachteile beleuchtet worden“. Fragen hätten beantwortet werden können und die Planung sei erläutert worden. Alle Anwesenden hätten sich ein Bild von dem potenziellen Aussehen des neuen Spielplatzes machen können.

Die Ausschussmitglieder erkannten offensichtlich die Brisanz ihrer Entscheidung und verkündeten den Anwesenden schließlich, dass man noch einmal über die Umverlegung beraten und beschließen werde.

So steht der Beschluss zur Umverlegung des Spielplatzes am 7. September erneut auf der Tagesordnung des Sozialausschusses.

Stadträtin Bianca Görke (Linke) war sauer aufgestoßen, dass bislang von einem Kaufinteresse für die Scheune seitens der Stadt nichts bekannt gemacht worden sei.

Tatsächlich hatte beim Vor-Ort-Termin ein Bürger Interesse geäußert, die Scheune kaufen zu wollen, um sie zu Lagerzwecken zu nutzen. „Die Instandsetzung des maroden Dachtragwerkes würde von

ihm eigenverantwortlich übernommen werden“, übermittelte OB Wagner zu dieser Sache. Ein schriftliches Kaufinteresse sei jedoch bei der Verwaltung bis Freitag nicht eingegangen.

Derzeit leben in Lust übrigens fünf Kinder im Alter bis sechs Jahren und sechs Kinder in der Altersgruppe zwischen 13 und 17 Jahren.

Der jetzige Spielplatz werde nach Auskunft des Ortschaftsrats auch von den Anwohnern des Ortsteiles Lust für Feste und Feiern genutzt - wenn das nach Corona wieder möglich ist.

VS_SFT_31.07.2021

Noch kein Konzept für Kitas in Staßfurt

Stadt arbeitet daran, die vom Stadtrat geforderten Unterlagen zusammenzustellen / Frist bereits abgelaufen

Staßfurt (ej) • Auch wenn die Diskussionen um die Kita „Bergmännchen“ in Staßfurt derzeit ruhen: Die Politiker haben nicht vergessen, dass die Stadt Staßfurt für diese und andere Kitas eine Konzeption vorlegen muss.

Hintergrund: Im September 2019 mussten Kinder und Personal wegen Sanierungsplänen aus der Kita „Bergmännchen“ in der Schlachthofstraße ausziehen und besuchen seitdem die Kita „Sandmännchen“. Die Sanie-

rung liegt aber schon lange auf Eis. Wie es weiter geht, ist unklar. Bis Ende März sollte die Stadt für das „Bergmännchen“ eine Konzeption vorlegen, Ende Juni für alle Kitas der Stadt. So war der Stadtratsbeschluss.

Ralf-Peter Schmidt (UBvS) stieß sauer auf, dass auch bei der vergangenen Sitzung des Ausschusses für Jugend, Senioren und Soziales am Dienstag keine Information erfolgte. „Ich vermisste die Kita-Konzeption.

Wenn ich gewusst hätte, dass es nicht Thema ist, hätte ich einen Antrag gestellt“, sagte Schmidt.

Schon im Februar hatte die Sachsen-Anhaltinische Landesentwicklungsgesellschaft mbh (Saleg) als Partner der Stadt bei Planungsfragen angedeutet, dass die Bearbeitung ab Mitte Februar sechs Monate dauern könnte. Das wäre Mitte August gewesen. Das war auch nicht haltbar.

Fachbereichsleiter Florian Heidler sagte nun: „Wir arbeiten

mit Hochdruck zusammen mit der Saleg an dem Konzept. Es gab eine Runde mit den Trägern der Kitas. Die Träger wollen wir auch noch in Einzelgesprächen abholen.“ Heidler erklärte, warum die Konzeption noch nicht vorliegt: „Die Stellungnahme der Elternkuratorien sind noch nicht drin. Hier gibt es im September aber Neu-Wahlen“, so Heidler. Diese sollen noch abgewartet werden. „Auch beim Gemeindekuratorium gibt es Neuwahlen.“ Auch

hier sollen die neuen Vertreter die Gelegenheit bekommen, Anregungen zu geben. „Unser Plan ist es, in der nächsten Sitzungsrolle zu debattieren, um es für 2022 vorzubereiten“, sagte Heidler. Oberbürgermeister Sven Wagner (SPD) bezeichnete es als „vernünftigen Weg“.

Bianca Görke (Linke) hakete ein. „Das ist eine recht subjektive Betrachtung, dass das vernünftig ist. Ich komme mir hier vorgeführt vor. Die Gremien sind

grundsätzlich vorher zu beteiligen“, sagte sie. „Da sollte der Vorsitzende des Ausschusses mehr Rückgrat zeigen.“ Die Kritik ging an Michael Hauschild (SPD). „Wir werden auf die Abarbeitung der Thematik bestehen“, sagte er.

Die Saleg informierte in einer Online-Sitzung bereits Ende April, dass die Auslastung der Kitas in Staßfurt sinken werde. Es müsse langfristig über die Schließung von Einrichtungen nachgedacht werden.

VS_SFT_10.09.2021

Angespannte Personalsituation erfordert neue Ideen für Jugendclubs in Staßfurt

Zwei Jugendclubs in Staßfurt sind wegen Personalmangels geschlossen. Maßnahmen laufen aus, Ehrenamtliche sind schwer zu finden. Kommunalpolitiker regen neue Modelle bei der Betreuung an.

Von Enrico Joo

Staßfurt • Im Vergleich zu anderen Städten hat die Stadt Staßfurt noch ein relativ breites Netz an Jugendclubs. Für 14 Ortsteile plus Kernstadt leistet sich die Stadt insgesamt zwölf Jugendclubs, wobei der überwiegende Teil sogar in städtischer Hand ist. So kümmert sich die Stadt um zehn Einrichtungen, für zwei ist das Berufliche Bildungs- und Rehabilitationszentrum (BBRZ) zuständig. In den städtischen Jugendclubs arbeiten drei festangestellte Mitarbeiter. Dazu gibt es drei Mitarbeiterinnen in Teilzeit über eine Maßnahme vom Jobcenter, sowie sechs ehrenamtliche Mitarbeiter. Eine Landjugendpflegerin und eine Stadtjugendpflegerin leiten pädagogisch an und kümmern sich um organisatorische Dinge.

Was gut geregelt klingt, ist aber in personeller Hinsicht seit langer Zeit schon auf Kante genäht. Das führte dazu, dass der Jugendclub in Hohenerxleben Ende 2020 geschlossen wurde. In der Einrichtung in Hohenerxleben gab es keine Besucher mehr, die Mitarbeiterin wechselte nach Rathmannsdorf, weil dieser Jugendclub besser besucht ist.

Drei Maßnahmen vom Jobcenter laufen aus

Auch der Jugendclub in Atzendorf, der erst im August 2019 neu eröffnet wurde, ist derzeit ganz geschlossen. Der Leiter des Teenie-Treffs in Staßfurt hatte den Jugendclub anfangs abgesichert. Nachdem eine Bufdi-Stelle im Teenie-Treff ausgelaufen war, konnte der Leiter in Atzendorf nicht mehr aushelfen. Eine Zeit lang sprangen Stadtjugend- und Landjugendpflegerin in die Bresche. Das ist aber keine Dauerlösung.

Und es droht eine Verschlimmerung der Situation. Drei befristete Arbeitsverträge über Maßnahmen vom Jobcenter laufen 2022, 2023 und 2024 aus. Neue sind nicht in Sichtweite. Es ist denkbar, dass dann auch über Schließungen von Jugendclubs in Neundorf, Rath-



Der Kindertreff „Leo“, der vom BBRZ betrieben wird, wurde im Juni wiedereröffnet. Wegen Bauarbeiten an der Umland-Grundschule war er lange geschlossen.

Foto: Franziska Richter

mannsdorf, Glöthe und Förderstedt gesprochen werden muss. Dort sind die drei Mitarbeiterinnen derzeit eingesetzt. Schon jetzt ist zudem bei Urlaub, Krankheit oder Weiterbildung keine Vertretung in allen städtischen Einrichtungen möglich. Die Jugendclubs sind dann geschlossen.

Weil die Situation angespannt ist, hatte der Ausschuss für Jugend, Senioren und Soziales gefordert, dass die Stadt einen Sachstandsbericht zur Situation abgibt. Diskussionen und Ideen waren gefragt. „Vielleicht brauchen wir eine Darstellung, wie viele Kinder und Jugendliche die Einrichtungen eigentlich nutzen“, regte Bianca Görke (Linke) an. Das wollte die Stadt als Gedankenanstrengung mitnehmen. „Wir müssen darüber diskutieren, wo es in Zukunft hingehen soll mit unseren Jugendclubs“, sagte Görke.

Denn gerade die kleinen Jugendclubs in den Dörfern werden zum Teil kaum besucht. Beispiel Hohenerxleben. „Es ist

alles da, die Räume sind gut ausgestattet, aber es kommt keiner hin“, sagte Oberbürgermeister Sven Wagner (SPD). „Vielleicht müssen wir umdenken und zum Beispiel ein bestimmtes Event in der Woche anbieten.“

Staßfurt als Modellregion für neue Methoden?

Wagner geht es also darum, sich neue Konzepte zu überlegen, wenn die alten nicht mehr funktionieren. „Wir sollten auf kreativem Wege etwas versuchen und über eine multifunktionale Nutzung nachdenken“, meinte Ralf-Peter Schmidt (UBV). „Der Landkreis sucht eine Modellregion, um neue Methoden auszuprobieren. Da geht es auch um wissenschaftliche Begleitung. Warum soll nicht Staßfurt diese Modellregion werden?“

Können die Mitarbeiter vielleicht effizienter aufgeteilt werden? Das fragte sich Peter Rotter (CDU): „Kann vorhandenes Personal tageweise für ein oder

zwei Tage in Hohenerxleben oder Atzendorf eingesetzt werden? Wir wollen ja keine Rundum-Betreuung von Montag bis Freitag.“ Fachdienstleiterin Ina Siebert schob solchen Gedanken einen Riegel vor. „Darüber denken wir seit Jahren nach und reizen es aus. Das Personal ist schon gesplittet. Wir können nicht weiter rotieren“, sagte sie. „Zudem ist der Bezug zum Personal wichtig. Da geht es auch um Vertrauen. Wir können das Thema aber gern noch einmal aufnehmen.“

Vielleicht sind aber auch andere Wege denkbar. Jürgen Pecher (CDU) meinte jedenfalls: „In den Vereinen wird hervorragende Jugendarbeit gemacht.“ Er regte also an, mehr den Austausch mit Vereinen zu suchen, um Kinder und Jugendliche in der Freizeitgestaltung mitzunehmen und abzuholen.

Die Stadt Staßfurt lässt sich die Kinder- und Jugendarbeit noch immer einiges kosten. Das zeigte auch die Offenlegung der Finanzen zur Kinder- und Jugendarbeit. So werden im Jahr

2021 117 060,20 Euro für Betriebs- und Sachkosten ausgeben. 453 082,06 Euro werden für Personalkosten und Aufwandsentschädigungen für das Ehrenamt fällig. Einnahmen Betriebs- und Sachkosten: 10 000 Euro. Einnahmen Personalkosten: 93 766,52 Euro. Unterm Strich bleibt ein Minus von 466 375,74 Euro.

Dazu: Es gibt Sanierungsstau in vielen Einrichtungen, das Fachpersonal fehlt genauso wie finanzielle Mittel. Eine Planungssicherheit existiert nicht. Sollen viele Einrichtungen in den Ortsteilen bestehen bleiben, muss das Personal aufgestockt und müssen – Stand jetzt – mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden.

Dabei ist schon jetzt ein dichtes Netz an Jugendclubs nur mit Hilfe von Ehrenamtlichen möglich. Sechs ehrenamtliche Mitarbeiter helfen in den Jugendclubs in Staßfurt aus. Weitere wären wünschenswert. „Wir suchen händeringend nach ehrenamtlichen Mitarbeitern“, so Ina Siebert.

Kein Ausschluss für Ungeimpfte

Gastronomen in Staßfurt und das Salzlandtheater werden „2G“-Regel nicht umsetzen

In Restaurants und Theatern kann ab sofort jeder Platz besetzt werden, wenn die Gäste geimpft oder genesen sind. Getestete hätten dann keinen Zutritt mehr. In Staßfurt sorgt das durchweg für Kritik.

Von Enrico Joo

Staßfurt • Die Aussicht kann verlockend sein. Und zu kleinen Träumereien führen. Jeder Platz im Restaurant ist gefüllt. Es wird gelacht, gegessen und getrunken. In der Küche hört man eifriges Tellerklappern, volle Teller werden heraus- und leere wieder hineingetragen. Niemand muss auf Masken oder Abstände achten. Da ist dann auch eine herzliche Umarmung ohne schlechtes Gewissen möglich.

Szenenwechsel: Im Theater geht das Licht aus, dicht an dicht sitzen die Gäste, auf der Bühne blickt der Künstler auf volle Reihen, in denen gelacht oder geweint wird. Gänsehaut macht sich breit. Die Stimmung ist dann am besten, wenn das Haus voll ist. Oder?

In Staßfurt stehen die Gastronomen oder auch das Salzlandtheater jetzt vor einer Entscheidung. Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt hat die Corona-Restriktionen in Innenräumen abgeschafft. Voraussetzung ist, dass die Gäste geimpft oder genesen sind. Getestete hätten dann

keinen Zutritt mehr. Statt „3G“ also „2G“.

Die Staßfurter Volksstimme hat sich in der Bodestadt umgehört. Die Meinung ist einhellig und glasklar: Niemand findet das gut, aus fast gleichen Gründen. Stefan Rähm, Inhaber des Restaurants „Zum Salzhof“, wird „2G“ nicht umsetzen. „Ich kann doch nicht über die Leute bestimmen“, sagt er. „Der Staat verlangt dazu, dass ich das kontrolliere. Dafür habe ich kein Verständnis.“ Rähm wird weiter auf bewährte Konzepte setzen: Abstand und weniger Gäste, dafür kann jeder rein. „Mehr Gäste bedeutet auch: Mehr Gefahr“, so Rähm. Der Gastronom ist ja auch so nicht unzufrieden. „Es sind weniger Gäste geworden, aber am Abend sind immer so sechs Leute da. Für zwei Leute reicht der Umsatz“, sagt er.

Sehr gespalten ist Michael Schnock, der nicht nur die Gaststätte am Löderburger See, sondern auch das Theatercafé in der Staßfurter Innenstadt betreibt, das seit einer Woche wieder geöffnet ist. „Da werden die Launen der Politiker auf dem Rücken der Gastronomie ausgetragen. Das ist unfair“, sagt er. „Die Branche ist schon so arg gebeutelt.“ Schnock sieht aber auch grundsätzliche Probleme bei der Umsetzung. „Ich kann täglich oder stündlich von 3G auf 2G umstellen. Wie soll das umgesetzt werden? Soll ich bei 3G dann Stühle raustragen und bei 2G das

Kommentar

Nicht zu Ende gedacht

Gut gemeint, ist nicht immer gut umgesetzt. Das gilt auch für die Idee, dass Gastronomen oder Veranstalter freiwillig eine „2G“-Regel umsetzen können. Ich verstehe die Landesregierung: Mit dieser Regel ist es den so lang gebeutelten Kulturschaffenden und Gastronomen endlich wieder möglich, vollen Umsatz zu machen. Das kann helfen in Zeiten, in denen an-



Enrico Joo
über die
neuen Regelungen

derhalb Jahre lang nur Miese gemacht wurde. Aber: Die Kritik ist logisch und nachvollziehbar. Ungeimpfte werden ausgeschlossen, genauso wie jene, die sich nicht impfen lassen können. Unsere Gesellschaft ist schon vor Corona tief gespalten gewesen. Solche Schnellschüsse wie jetzt machen die Gräben tiefer, den Austausch schwieriger. Die „2G“-Idee wird so zum Bumerang.

Schild umdrehen? Das ist Kasperletheater. Ich setze doch keine Leute vor die Tür.“

Ziemlich verärgert ist auch Bianca Görke, Vorsitzende des Theaterfördervereins vom Salzlandtheater Staßfurt. „Es ist ein unmoralisches Angebot, die Verantwortung auf die Veranstalter abzuwälzen. Nur, weil die Regierung nicht den Arsch in der Hose hat, es selbst durchzusetzen“, sagt sie. „40 Prozent der Bevölkerung werden ausgeschlossen. Ich bin selbst geimpft und Impfbefürworter, aber so werden Menschen in die Resignation getrieben. Es muss andere Anreize geben.“ Görke befürchtet, dass mit einer „2G“-Regelung Gäste

vertrieben werden. „Die kommen nie wieder.“

Auch das Salzlandtheater wird diese Regel also nicht umsetzen, so sieht es auch Theaterleiter Stephan Czuratis. „Wir können Menschen nicht ausschließen, weil sie nicht geimpft sind“, sagt er. Auch rein praktisch ergibt es derzeit keinen Sinn, alle Karten für Veranstaltungen in den freien Verkauf zu geben. „Wir dürfen derzeit etwa 60 bis 80 Menschen einlassen. Das deckt auch ungefähr die Anfragen“, so Czuratis. Die Menschen sind noch vorsichtig in der Kultur. „Die Leute kaufen Karten auf Sicht. Für Veranstaltungen maximal acht Wochen

im voraus.“ Vor Corona waren Veranstaltungen Monate vorher schon ausverkauft. Das hat sich geändert.

Görke befürchtet auch, dass durch die „2G“-Regel die Impfquote durch die Hintertür erhöht werden soll. Das findet sie falsch und unmoralisch. „Ich will nicht den Zorn der Ausgeschlossenen auf mich ziehen“, sagt sie. „Wir als Theater sind als kulturelle Einrichtung schon vom Grundgedanken her für alle offen.“ Czuratis versteht hingegen die Politiker. „Einen Impfwang durch die Hintertür sehe ich nicht“, meint er. Gleichwohl hält er es für bedenklich, nur noch Geimpfte und Genesene ins Theater zu lassen.

Ramona Osterburg ist die Inhaberin vom „Staßfurter Landhaus“ an der Bode. „Ich finde es furchtbar, dass es auf unserem Rücken ausgetragen wird“, sagt sie. Sie ist auch gegen die Umsetzung einer „2G“-Regel in ihrem Restaurant. Auch aus praktischen Gründen: „Ich habe zu wenig Personal für ein volles Restaurant.“ In Corona-Zeiten hatte sie ein paar Kündigungen, weil der Beruf unsicher geworden ist. Neue Mitarbeiter findet sie kaum. Und: „Auch 3G ist schwerer umzusetzen. Denn es gibt kein Testzentrum mehr. Die Leute rufen an und fragen, wo sie sich testen lassen können.“ Wenn „3G“ Pflicht ist, steht auch das „Staßfurter Landhaus“ vor einem Problem.

VS_SFT_20.09.2021

Kritik: Es braucht mehr öffentliche Toiletten in Staßfurt

Seniorenbeirat fordert Stadt zum Handeln auf und wünscht sich Gespräche

Staßfurt (ej) • Wer in Staßfurt gerade in der Innenstadt Einkäufe oder Behördengänge erledigt oder einfach nur gerade herumbummelt und dann auf Toilette muss, hat es nicht leicht. Die öffentliche Toilette am Postring ist wegen Vandalismusschäden seit 2018 gesperrt. Wegen Corona ist auch die öffentliche Toilette am Bahnhof seit eineinhalb Jahren geschlossen. Die öffentliche Toilette am Bennecke-

schen Hof ist nur zweimal in der Woche an Markttagen geöffnet. Die Toilette der Stadtverwaltung im Haus II in der Steinstraße 38 ist nur zu den Öffnungszeiten geöffnet.

Für den Stadt seniorenbeirat, der vor allem die älteren Menschen vertritt, ist das ein unhaltbarer Zustand. „Es ist ein grundlegendes Bedürfnis. Aber die Situation ist in Staßfurt in einem katastrophalen Zustand“, sagte Peter Maier als

Vertreter des Seniorenbeirats. „Es gab regelmäßig Beschwerden. Wir geben der Stadt als Schulnote eine glatte fünf.“

Der Seniorenbeirat wünscht sich Gespräche darüber, wie der Zustand geändert werden kann und bringt selbst Ideen an. „Man könnte versuchen, gastronomische Einrichtungen für eine Öffnung der Toiletten zu gewinnen. Natürlich müsste dafür ein Entgelt gezahlt werden“, so Maier. Auch

Fördermöglichkeiten für eine Instandsetzung der bisherigen Toiletten müssten besprochen werden.

„Die öffentlichen Toiletten sind seit Jahren eine Herausforderung“, sagte Oberbürgermeister Sven Wagner (SPD). Er erinnerte daran, dass die Toiletten auf dem Benneckeschen Hof nur an Markttagen geöffnet seien, weil es „Missstände“ gab. Das wäre so beschlossen worden.

Für die Toilette am Bahnhof, die von der Lebenshilfe Börde-land betrieben wird, konnte Wagner verkünden: „Ich habe mit dem Geschäftsführer Stefan Labudde gesprochen. Die Toilette wird in den nächsten Tagen wieder geöffnet.“ Eine Sanierung der Toilette am Postring sei aber finanziell kurzfristig schwer realisierbar. „Dafür haben wir keine Gelder“, sagte Wagner. „Das würde einige 100 000 Euro kosten.“

Bianca Görke (Linke) regte an, das Thema mit in den Kreistag zu nehmen, um es grundsätzlicher zu beleuchten. Vielleicht sind auch andere Ideen umsetzbar? Christel Görmer aus dem Seniorenbeirat freute sich jedenfalls über die Situation auf den Friedhöfen. Auf allen Friedhöfen hatte die Stadt mobile Toiletten (Dixi-Klos) aufstellen lassen. „Das funktioniert gut. Da muss man auch mal loben“, so Görmer.

VS_SFT_22.10.2021

Nächste Kita-Baustelle in Staßfurt?

Eltern der Einrichtung „Leopoldshaller Spatzennest“ befürchten Schließung

In der Kita „Leopoldshaller Spatzennest“ geht die Befürchtung um, dass die Einrichtung schon 2022 geschlossen wird. Oberbürgermeister Sven Wagner reagiert verärgert auf eine entsprechende Anfrage im Sozialausschuss.

Von Enrico Joo

Staßfurt • Die Zukunft der Kita „Leopoldshaller Spatzennest“ in Staßfurt ist unklar. Schon seit vielen Jahren ist bekannt, dass das Plattenbaugeschäft in der Bernburger Straße aus den 1970er Jahren nicht mehr saniierungsfähig ist. Wenn die Kita erhalten werden soll, dann muss langfristig ein Ersatzneubau her. Doch weitere konkrete Wege in den Planungen fehlen bisher. Gerüchte gab es trotzdem, diskutiert wurde auch.

So ging zum Beispiel die Idee herum, dass die Kitas „Bergmännchen“ und „Leopoldshaller Spatzennest“ zusammengelegt werden könnten. Hintergrund: Die Kinder der Kita „Bergmännchen“ mussten vor zwei Jahren aus ihrem Gebäude in der Schlachthofstraße ausziehen und besuchen seitdem die Kita „Sandmännchen“. Doch die Sanierung des „Bergmännchens“ liegt auf Eis.

Beide Kitas – „Bergmännchen“ und „Leopoldshaller Spatzennest“ – sind saniierungsbedürftig und werden laut einer Konzeption zukünftig weniger ausgelastet sein. Ein Neubau könnte beiden Kitas helfen. Was für den Standort Leopoldshall spricht, ist die unmittelbare Nähe der

Grundschule „Ludwig Uhland“. Die Kinder werden im nächsten Schuljahr in den Neubau der Schule zurückkehren.

Doch wie kann es konkret weitergehen mit dem „Leopoldshaller Spatzennest“? Christian Iser, der nicht nur für die CDU im Stadtrat, sondern auch als Vater einer Tochter im Hort im Elternkuratorium des „Leopoldshaller Spatzennest“ sitzt, berichtete nun im Sozialausschuss: „Im Elternkuratorium wurde gesagt, dass die Kita auf der Liste der zu schließenden Kitas für 2022 steht.“ Er wollte wissen, was da dran sei.

Fachdienstleiterin Ina Siebert entgegnete: „Eine solche Liste gibt es nicht. Es gibt aber ein Konsolidierungskonzept. Und da wird sich auch über solche Sachen unterhalten.“ Ganz abwegig ist der Gedanke also nicht. Konsolidierung meint: Die Schulden sollen verringert werden. Dazu müssen auch öffentliche Ausgaben reduziert werden. So kann auch eine Schließung einer Kita viele Kosten einsparen.

Iser war mit der Antwort der Stadt nicht zufrieden. „Es gibt Unruhe bei den Eltern. Es ist immer wieder das gleiche Spiel“, sagte er. Oberbürgermeister Sven Wagner (SPD)

Kommentar

Respektloser Umgang

Als Oberbürgermeister steht man freilich unter ständiger Beobachtung. Immer muss sich Sven Wagner in Staßfurt rechtfertigen. Oft auch für Dinge, die er selbst gar nicht verbrochen hat oder die er nicht ändern kann. Oder die eben nicht stimmen. Das ist aber nun mal sein Los. Er wollte Oberbürgermeister werden, will es auch nach 2022 bleiben. Es gibt da diesen Spruch: Wer die Hitze nicht aushält, hat in der Küche nichts verloren. Zur Verantwortung eines Oberbürgermeisters gehört es daher



Enrico Joo über den Umgang von Sven Wagner

auch, einen sachlichen und seriösen Umgang mit Bürgern und den Stadträten zu pflegen. Die unsachlichen Bemerkungen von Sven Wagner im Sozialausschuss waren dabei keine Premiere. Immer wieder mal lässt er Kommunalpolitiker

nicht ausreden, lacht über Anmerkungen oder schüttelt öffentlich den Kopf. Das wirkt respektlos und manchmal überheblich. Und gehört nicht zu einem Umgang auf Augenhöhe. Seien die Anfragen auch noch so abwegig: So kann man nicht miteinander umgehen.

stellte klar: „In keiner Sitzung wurde jemals über die Schließung der Kita ‚Leopoldshaller Spatzennest‘ diskutiert.“ Er wollte wissen, woher dieses Gerücht genau komme.

Bianca Görke (Linke) regte an, den Einwurf von Christian Iser ernsthaft zu betrachten. „Was Christian Iser sagt, ist nicht vom Tisch zu wischen. Es gibt eine latente Angst. Es sind Situationen eingetreten, die

schon lange unerträglich sind“, sagte sie. Iser konkretisierte: „Von den Eltern fühlt sich keiner verstanden und mitgenommen, das ist immer das Gleiche. Und dann wird wieder mit der Brechstange gesagt, dass es nicht so ist. Man sollte mal auf die Eltern eingehen und erklären, wie die Fakten stehen.“

Sven Wagner warf nun Christian Iser vor, dass dieser

Ängste schüre. Iser meinte, dass das nicht stimme. Wagner: „Doch.“ Weiter meinte der Oberbürgermeister, dass wohl jetzt der Wahlkampf begonnen habe. Und unterstellte Iser somit, dass dieser mit der Kita „Leopoldshaller Spatzennest“ Stimmung gegen den Stadtschefe mache vor der Bürgermeisterwahl im März 2022.

Im Nachgang findet Iser diese Äußerung von Wagner unschön. „Das ist keine Art und Weise, wie man miteinander umgehen sollte“, sagte er. „2016 hatte der Stadtrat schon einmal gegen die Schließung der Kita gestimmt. Man wird einfach hellhörig, wenn es heißt, dass die Kita nicht saniierungsfähig ist.“

Dem CDU-Politiker geht es vor allem um Ehrlichkeit, um offene Kommunikation. „Man hat damals schon herumgedrückt und um den heißen Brei drumherumgeredet“, so Iser. „Man muss mal offen mit den Eltern reden und nicht nur über Einschränkungen, sondern Perspektiven aufzeigen. Ich sperre mich nicht gegen Ideen wie eine Zusammenlegung mit anderen Kitas, auch wenn das nicht ideal ist. Aber in welche Richtung soll es denn gehen?“ Er kündigt an, auch weiter nachzuzufragen und skeptisch zu bleiben.

Kita in den 1970er Jahren errichtet

Die Kita „Leopoldshaller Spatzennest“ hat eine fast 50-jährige Tradition. Wie die Stadt Staßfurt auf ihrer Homepage mittelt, wurde die Kita 1972 als „Lehrkinderkrippe“ erbaut. Nach einer Rekonstruktion sei die Kindertageseinrichtung am 29. April

1992 wieder eröffnet worden. Ein Jahr später erhielt die Kita ihren heutigen Namen „Leopoldshaller Spatzennest“. Am 1. August 2000 kam der Hort dazu.

Laut Homepage der Stadt hat das Gebäude eine Gesamtinnen-

fläche von 620 m². Den Kindern stehe eine Freifläche von zirka 9000 m² zur Verfügung.

Die Konzeption der Sachsen-Anhaltinischen Landesentwicklungsgesellschaft mbH Magdeburg (Saleg) sagt aus, dass Kin-

dergarten und Kinderkrippe im Jahr 2020 von 72 Kindern besucht wurden. Der Hort von 33 Kindern. Insgesamt besuchten 105 Kinder die Einrichtung „Leopoldshaller Spatzennest“. Bis 2035 solle die Auslastung um fast 30 Kinder zurückgehen.

VS_SFT_27.10.2021

Petition soll wieder auf den Tisch

Neuer Antrag der Soda zum Einleiten sorgt für Kritik, auch von Behörden wie dem LHW

Der Antrag des Sodawerks in Staßfurt, weiterhin Produktionsabwässer in Bode und Grundwasser zu leiten, sorgt für kritische Reaktionen. Zwar kündigt das Unternehmen mittelfristig umweltfreundlichere Technologien an, aber das geht manchen nicht schnell genug.

Von Franziska Richter
Staßfurt • „Wir überlegen, die Petition wieder aufzunehmen. Sonst würde alles konterkariert, was wir damals gefordert und erreicht haben“, sagt Bianca Görke. Die Stadträtin (Die Linke) und Uwe Doberstein, damals Einwohner von Hohenerxleben, hatten sich mit 940 Unterschriften in einer Petition für eine saubere Bode an den Landtag Sachsen-Anhalt gewandt.

Die Petition war Ende 2020 geschlossen worden. Nicht nur weil es keine weitere Fischsterben gab, sondern weil sich in der öffentlichen Debatte um die Vorfälle im Sommer 2019 viel bewegt hat: Neue Sicherheitsvorrichtungen und umweltfreundlicheren Technologien im Sodawerk selbst, Messprogramme für die Bode und verschärfte Grenzwerten für Schadstoffe im Fluss.

Görke hat jetzt Kontakt zum Petitionsausschuss im Landtag Sachsen-Anhalt aufgenommen. Sie sieht zwar ebenfalls, dass sich die Ciech Soda langfristig um umweltschonende Produktionsprozesse bemüht. „Hier muss es aber schnellstmöglich Lösungen geben und nicht erst in einigen Jahren“, so Görke. „Industrie ist wichtig, aber was wir jetzt kaputt machen, bekommen wir nie wieder heil. Jeder redet von Klimaschutz weltweit und vor der eigenen Haustür sind wir nach wie vor blind? Und wenn schon der LHW sagt, die Einleitungen seien bedenklich, muss die Lage wirklich dramatisch sein.“

Kritische Stimmen aus den Fachämtern

Görke meint den Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft (LHW). Die Behörde hatte eine Einschätzung zu den Einleitungen in die Bode nach dem neuen Antrag gegeben. Darin betont der „die bereits langjährig gleichbleibende, immense Gütebeeinträchtigung der Bode



Im Sommer 2019 haben Bianca Görke und Uwe Doberstein 940 Unterschriften gesammelt, um mit einer Petition im Landtag eine saubere Bode und das Ende des Fischsterbens in Staßfurt zu fordern. Ende 2020 wurde die Petition nach ersten Erfolgen geschlossen.

Foto: Franziska Richter

infolge der Einleitungen der Ciech Soda GmbH im Stadtgebiet von Staßfurt“. Die „ohnehin erheblichen Konzentrationserhöhungen“ bei Chlorid und Ammonium-Stickstoff würden in Niedrigwasserperioden sogar massiv zunehmen.

Auch die Obere Fischbehörde im Landesverwaltungsamt attestiert dem Einleiten von Produktionsabwässern die „starke Schädigung des Gewässerökosystems der unteren Bode“, eine Verödung der Bode ab Staßfurt über 20 Kilometer, „extreme Verarmung der Fischfauna“ und „Sauerstoffmangelsituationen und Grenzwertüberschreitungen bei fischschädigenden Stoffen“.

Auch im Umweltausschuss des Landtags ist das Thema wieder angekommen. Unter anderem Landtagsabgeordneter Hendrik Lange (Die Linke) hatte immer wieder auf Verbesserungen für die Bode gedrungen. Zum aktuellen Antrag sagt er: „Das ist ein starkes Stück. Wir haben sehr oft darüber debattiert, dass die Bode in Staßfurt in einem schlechten Zustand ist.“ Er könne sich nur schwer vorstellen, dass der

Antrag auf weiteres Einleiten unbefristet genehmigt werde. Der Abgeordnete will das Thema so schnell wie möglich im Umweltausschuss besprochen sehen.



Bianca Görke



Heimo Reilein

Landtag soll sich wieder mit den Einleitungen befassen

„Ich möchte auf jeden Fall detaillierte Infos haben“, sagt Lange. „Wir haben die Europäische Wasserrahmenrichtlinie, die besagt, dass wir den Zustand unserer Gewässer verbessern und nicht verschlechtern sollen.“

Ebenso im Landtag hatte damals Lydia Funke (AfD) Aufklärung der Ursachen des Fischsterbens und mehr Schutz für die Bode gefordert. Mittlerweile kein Mitglied mehr im Landtag, aber noch politisch aktiv, kennt sie das Thema gut und meint: „Erschreckend sind die als Hauptemission in das Wasser genannten Chloridwerte pro Tonne aus dem Jahr 2019. Demnach werden täglich über 1000 Tonnen Chlorid in die unmittelbar vor Ort liegenden Gewässerkörper eingeleitet.“

Die Umsetzung des CODA-Prozesses – die Ciech Soda will

mittelfristig ein umweltschonendes Verfahren erproben – sei „ein Schritt in die richtige Richtung“. Aber mit Stand heute würde „die Umwelt vor Ort stark beeinträchtigt und die Ökologie der Bode wohlwissend nachhaltig gestört beziehungsweise zerstört“.

Funke könne nicht nachvollziehen, sagt sie, warum das Landesverwaltungsamt immer wieder neue Einleitgenehmigungen für die Soda erteilt, wenn doch die obere Fischereibehörde, die im selben Haus sitzt, der Bode „eine 20 Kilometer lange Verödungszone flussabwärts“ bescheinige. „Die kurzfristigen Maßnahmen, wie Ammonium-Destillation, Absteuerung der Frachtspitzen etc. wurden uns damals schon im Umweltausschuss des Landtags mehrfach erläutert. Offenbar scheinen die entweder noch nicht umgesetzt oder angewandt zu sein oder sie scheinen nicht zu greifen.“

Die Interessengemeinschaft (IG) Bode-Lachs hatte sich ebenfalls in Staßfurt eingetragen und hat heute starke Bedenken zum neuen Antrag auf Einleitung. „Zutiefst irri-

tiert“ hätten die Fluss- und Fischschützer jetzt registriert, dass die Einleitungen auf unbefristete Zeit beantragt würden, sagen sie, wo doch bis 2027 in Sachsen-Anhalt die Wasserrahmenrichtlinie eine Gesundung aller Gewässer vorschreibe.

Flussschützer wollen gegen neue Erlaubnis vorgehen

„Die Prognosen hinsichtlich wiederkehrender Fischsterben wurden in der Vergangenheit auf traurige Weise immer wieder bestätigt“, sagt der IG-Vorsitzende Heimo Reilein. „Im Jahr 2021 muss niemand mehr giftiges Abwasser in unseren Flüssen entsorgen, moderne Technologien verbannen dies in die Vergangenheit – vorausgesetzt der Wille dazu besteht und die Vorgaben des Umweltrechts werden entsprechend gewichtet.“

Die IG arbeitet jetzt eine Stellungnahme gegen den Antrag der Soda auf unbefristetes Einleiten aus und bereitet sich parallel auf den Fall der Genehmigung vor. Dies muss dann im aktuellen Genehmigungsverfahren besprochen werden.



Hendrik Lange



Lydia Funke

Bianca Görke kandidiert für die Linken

VS_SFT_19.11.2021

Staßfurt (ej) • Seit gestern Abend ist es offiziell: Bianca Görke tritt für die Linken zur Bürgermeisterwahl in Staßfurt am 20. März 2022 an. Sie bekam 100 Prozent Zustimmung. Alle 15 Stimmberechtigten stimmten für sie.

Die 54-jährige Standortleiterin eines Erwachsenenbildungs-Trägers ist in der Kommunalpolitik mit Unterbrechungen seit 1990 aktiv. Anfangs saß sie für die SPD im Stadtrat, später als Einzelbewerberin. 2008 trat sie in die Partei „Die Linke“ ein. Im gleichen Jahr trat sie schon einmal zur Oberbürgermeisterwahl in Staßfurt an. Von 2014 bis 2016 saß sie für die Linken im Landtag. Im Staßfurter Stadtrat ist sie derzeit stellvertretende Stadtratsvorsitzende.

Im Ehrenamt ist Bianca Görke zudem seit 2016 Vorsitzende des Fördervereins vom Salzlandtheater. In dieser Position gestaltet sie das kulturelle Leben in Staßfurt maßgeblich mit.

Wie weiter machen bei den Kitas?

VS_SFT_
20.11.2021

Ein Papier zur Zukunft der Einrichtungen in Staßfurt sorgt für Diskussionen

Die Auslastung der Kitas in Staßfurt wird die nächsten Jahre immer weiter sinken. Das hat eine 146 Seiten starke Konzeption ergeben. Was das aber für Auswirkungen hat, ist noch unklar. Erste Schritte für weitere Überlegungen wurden jetzt angedacht.

Von Enrico Joo
Staßfurt • Aufgrund der zahlreichen Debatten rund um die sanierungswilligen kommunalen Kitas in Staßfurt sowie zahlreicher Probleme bei den Sanierungen hatte der Stadtrat die Stadt Staßfurt beauftragt, eine Konzeption zu erstellen. Diese liegt seit einigen Wochen vor und ist 146 Seiten dick. Die Sachsen-Anhaltinische Landesentwicklungsgesellschaft mbH Magdeburg (Saleg) hatte dabei unter anderem dargestellt, dass die Auslastung der Kitas von jetzt 79,2 Prozent auf 59,1 Prozent im Jahr 2035 sinken könnte.

Dabei war das vorliegende Konzept noch nicht einmal komplett. Es fanden im Hintergrund noch weitere Gespräche und Zuarbeiten statt, um die Situation einzelner Kitas noch besser darzustellen. „Die Konzeption ist weiter vorangeschritten. Es gab weitere Gespräche mit freien Trägern. Es wurden Anregungen zugearbeitet“, sagte Fachbereichsleiter Florian Heidler im Sozialausschuss. Die Gemeindevertreterung wäre noch befragt worden. Danach solle es eine neue Zusammenkunft geben und eine Gesamt-Stellungnahme.

Welche Handlungsoptionen ergeben sich daraus? Wohin geht die Reise einzelner Kitas, die besonders gefährdet sind? Welche Sanierungen müssen trotzdem gemacht werden? Bis wann? Müssen Kitas geschlossen werden? Wenn ja, welche? Wann könnte das sein? Zahlreiche Fragen stehen im Raum. Wie geht es jetzt weiter? Zwei Vertreterinnen von der Saleg hatten sich im Sozialausschuss vorbereitet und fragten in die Runde, wie man vorgehen solle. Soll jede einzelne Kita besprochen werden? Sollen Zahlen erläutert werden, weitere Analyse betrieben werden?

Die Fragen gingen ins Leere. Einige Staßfurter Stadträte wussten schon im Stadtrat nicht viel mit der Konzeption anzufangen. Das setzte sich nun im Sozialausschuss fort. „Das ist ein liebloses Konzept. Da muss mehr Empathie rein, es kann nicht nur ein Zahlenwerk sein. Es fehlt Herzblut“, kritisierte Bianca Görke (Linke). „Wie kann Kindern und Eltern in den Kitas Sicherheit gegeben werden? Wie könnten Minimalvarianten aussehen? Wir verlieren an Bevölkerung.



Wir müssen selbstbewusster werden.“

„Ich bin irritiert von der Vorgehensweise. Das Konzept wird durchgegeben, es kommen Anregungen und dann ist es fertig?“, fragte Ralf-Peter Schmidt (UBvS). „Wir haben nicht grundsätzlich darüber geredet. Ich halte die Vorgehensweise für schwierig.“

Über 700 freie Plätze bis 2035?

Die Saleg stellte klar, dass sie keine Handlungsaufträge herausgeben kann. „Wo will die Stadt als nächstes Geld reinstecken? Diese Frage können wir nicht beantworten“, sagte eine Mitarbeiterin der Saleg. „Ziel sollte es sein, die Qualität in den Mittelpunkt zu stellen und nicht die Quantität. Wir müssen uns darüber unterhalten, wie über 700 Plätze reduziert werden können. Das ist ein Prozess, den man im Auge behalten muss. Das ist jetzt ein Anfang.“

Denn nach der derzeitigen Prognose könnte es bis 2035 723 freie Betreuungsplätze in Staßfurt geben. Es müssten laut Saleg Fixpunkte gesetzt werden. Die Saleg wehrte sich aber gegen den Vorwurf, dass das Konzept lieblos sei. „Wir haben uns die Einrichtungen sehr genau angeschaut“, meinte eine Mitarbeiterin der Saleg. „Einige Einrichtungen denken darüber nach, die Kapazitäten zu ändern.“ Alles muss dabei vor dem Hintergrund finanzieller Leistungsfähigkeit betrachtet werden.

Kommentar

Wo sind die Visionen?

Zum Glück waren im Sozialausschuss in Staßfurt keine Bürger als Zuhörer. Nicht falsch verstehen! Diese sind im öffentlichen Teil ausdrücklich erwünscht. Aber an diesem Tag wären diese vielleicht das erste und letzte Mal gekommen. Sie wären vielleicht frustriert gewesen. Die Diskussion zu den Kitas führte weit an den konkreten Problemen vorbei und war bürgerfern. Sie war zu theoretisch, zu ab-



Enrico Joo
zu der Debatte
über die Kitas

Oberbürgermeister Sven Wagner (SPD) erklärte den weiteren Fortgang. „Wir wollen heute Hinweise und Ideen sammeln und dann in der nächsten Sitzungsrolle etwas Beschlussreifes anbieten“, sagte er. Es müsse aber finanziell untermauert werden.

Es kamen aber weitere Fragen und Forderungen. „Unser Ziel sollte es sein, die Einrichtungen so weit wie möglich zu erhalten“, meinte Bianca Görke. Dazu habe es bei der Kita „Bergmännchen“ eine schlechte Kommunikation gegeben. Die Kita sollte ursprünglich saniert werden. Seit Mitte 2020 liegt die Idee allerdings auf Eis. Wie es weiter geht, ist offen. „Es darf jetzt kein Schnellschuss sein, dieses

trakt und für Außenstehende nicht zu verstehen. Es gab keine Ideen für keine Kita. Das dürfte besonders die Eltern der Kita „Bergmännchen“ ärgern, die seit anderthalb Jahren darauf warten, dass es Neuigkeiten für das leergezogene Gebäude gibt. Die Konzeption gibt keine Antworten. Bis jetzt hat sie nur Zeit und Geld gekostet. Ich vermiss eine Vision und sehe nur Fragezeichen. Was soll denn der Bürger damit anfangen?“

Zahlenwerk zu beschließen“, so Görke.

Ralf-Peter Schmidt vermisste infrastrukturelle Überlegungen: „Wo und wie kann gebaut werden? Wie kann die Stadtentwicklung der Entwicklung der Kitas angeglichen werden? Das Konzept ist nicht ausdiskutiert.“

Nach langen Wortbeiträgen folgten konkretere Ideen, wie jetzt weiter vorgegangen werden kann. „Vielleicht sollte man die Ortschaftsräte miteinbeziehen, ohne Maulkorb“, sagte Görke (Linke). „Braucht es Begehungen in den Objekten? Sollte der Fachausschuss mit den Leiterinnen sprechen?“ Christine Fischmann, Gleichstellungs- und Inklusionsbeauftragte der Stadt Staßfurt,

meinte: „Vielleicht muss konzeptionell umgedacht werden.“ Sie fragte in Richtung der Saleg: „Gibt es Erfahrungen in anderen Kommunen mit Mehrgenerationenhäusern, wo Jung und Alt unter einem Dach leben?“ Von der Saleg hieß es, dass so etwas ein denkbarer Weg wäre.

Anregung: Begehungen in den Einrichtungen

Fachdienstleiterin Ina Siebert begrüßte die Idee der Begehungen. „Gerade die freien Träger vermissen das. Sie hätten es gern, dass sich dort mal jemand blicken lässt“, sagte Siebert. Sie betonte zudem: „Unsere Einrichtungen stehen in der Qualität den freien Trägern in nichts nach.“ Bianca Görke hatte besondere Angebote in den kommunalen Kitas angeregt. „Schließlich sind wir mit den kommunalen Kitas in einer Konkurrenzsituation mit den freien Trägern“, so Görke.

Aber: Wie soll es jetzt weitergehen? Das fragte auch Fachbereichsleiter Florian Heidler. „Eine Beschlussfassung ist total verfrüht“, meinte der Vorsitzende des Sozialausschusses Michael Hauschild (SPD/Grüne). „Ich werde empfehlen, dass zusammen mit meinem Stellvertreter Peter Rotter und der Verwaltung ein Fahrplan aufgestellt wird. Wir kommen heute kein Stück weiter.“ Ralf-Peter Schmidt (UBvS) regte einen Fachtag mit professioneller Moderation an.

Der schwere Weg zur Mietfreiheit

Nächste Satzung soll Gemeinnützigkeit bei Nutzung von Bürgerhäusern stärker beachten

Künftig soll die Gemeinnützigkeit stärker in den Mittelpunkt rücken, wenn es um Nutzungskosten für Dorfgemeinschafts- und Bürgerhäuser der Stadt Staßfurt geht. Das empfehlen der Sozialausschuss und einige Ortschaftsräte dem Stadtrat zur Beschlussfassung.

Von Falk Rockmann

Staßfurt/Hohenerxleben • Es ist kaum ein Jahr her, dass die Satzung für Nutzungsentgelte von Bürger- und Dorfgemeinschaftshäusern in der Stadt Staßfurt geändert wurde.

Nach einem Aufschrei der Ortsgruppe der Volkssolidarität Rathmannsdorf und einem Antrag des Stadtratsvorsitzenden Peter Rotter (CDU) diskutieren jetzt die Gremien über eine stärkere Beachtung der Gemeinnützigkeit der Mieter.

Es sei ein Arbeitsauftrag an die Verwaltung, erklärt Rotter Dienstagabend im Sozialausschuss, der im Dorfgemeinschaftshaus Hohenerxleben tagt. Oberbürgermeister Sven Wagner (SPD) hätte gern ge-

nauer benannt, was geändert werden soll. „Wenn nicht hier, wo dann? Sonst schieben wir den Ball hin und her“, so Wagner, nachdem er an die Änderung vor einem Jahr erinnert hatte, bei der es um die künftige Möglichkeit einer stundenweisen Nutzung der Häuser ging - und vom Stadtrat auch beschlossen wurde.

Kostenfreie Nutzung als Wertschätzung

Rotter bleibt bei seiner Auftrags-Erklärung und dem Inhalt seiner schriftlichen Antragstellung. In der schrieb er unter anderem, dass auch Senioren-Veranstaltungen „im besonderen städtischen Interesse“ wären.

Im Ausschuss nun verwies er nochmals auf ebenfalls erwähnte Paragrafen und formulierte deutlich, die Stadt sollte beim Ermessen von Nutzungsentgelt-Forderungen auf die Gemeinnützigkeit der Nutzer achten. Außerdem rede man nicht von Unsummen. „Eine kostenfreie Nutzung sollte auch als eine symbolische Wertschätzung der ehrenamtlichen Arbeit zu verstehen sein“, so Rotter.

Die Gleichstellungsbeauftragte Christine Fischmann erinnerte an das Leitbild der Stadt zum gesellschaftlichen Miteinander, wonach die Einwohner der Kernstadt und die der Ortsteile „gleichberechtigt und chancengleich“ zu behandeln wären. „Das Bürgerhaus in Staßfurt wird kostenfrei genutzt, und in den Ortsteilen soll das bezahlt werden“ macht sie deutlich.

„Die Diskussion um Teilhabe kommt zur Unzeit“, schaltete sich Bianca Görke (Linke) ein. Mit Blick auf Osterfeuer, Weihnachtsmärkte und Heimatfeste, die nicht stattfinden konnten, müsste man „größtmöglichen Handlungsraum“ bieten. „Gerade die Senioren in den Ortschaften brauchen das und wollen nicht nur mit der Gießkanne auf den Friedhof gehen, sondern auch mal fröhlich beisammen sein.“

Ortschaftsräte stimmen sehr unterschiedlich ab

Während die Abstimmungen in den Ortschaftsräten zur Änderung der Nutzungssatzung sehr unterschiedlich ausgefallen waren - dafür stimmten Athensleben, Förderstedt



Vor fünf Jahren hatte Oberbürgermeister Sven Wagner noch nicht so zu kämpfen im Dorfgemeinschaftshaus seines Heimatortes. Jetzt war der Ortschaftsrat Hohenerxleben sogar gegen die Änderung der Nutzungsentgeltsatzung für das Haus. Der Sozialausschuss stimmte der Überarbeitung im Sinne der Gemeinnützigkeit allerdings zu. Foto: Rockmann

und Rathmannsdorf; dagegen Hohenerxleben und Neundorf; Löderburg stimmte nicht ab - empfahl der Sozialausschuss letztendlich dem Stadtrat die Änderung der Satzung unter Einbeziehung des Antragsinhalts von Peter Rotter. Der OB konnte sich allerdings nicht verkneifen, dass auch die CDU-Fraktion der aktuell gültigen Nutzungsordnung zuge-

stimmt hatte. Zudem appellierte Sven Wagner an die Abgeordneten, weitere Vorschläge einzureichen, was der Antragsteller nur unterstützen konnte. Fachdienstleiter Christian Schüler meinte, dass die Änderungsabsichten jetzt schon „greifbarer“ wären mit dem Zusatz der Gemeinnützigkeit. Rotter bissig: „Das steht eigentlich schon drin.“

VS_SFT_25.11.2021

Kein Haus für die Bergmännchen

VS_SFT
4.12.21

Stadt schätzt nötige Innenausbaukosten für „Haus des Handwerks“ auf 1,2 Millionen Euro

Das Thema Kindertagesstätten ist offensichtlich ein Dauerbrenner in Staßfurt und einigen Ortsteilen – seit dem Auszug aus ihrem Gebäude vor zwei Jahren insbesondere die Kita Bergmännchen. Aber auch das Zwergenland Löderburg und zuletzt die Kita Regenbogen Hohenexleben.

Von Falk Rockmann

Staßfurt • Kaum ein politisches Gremium, das sich nicht mit dem Thema Kindertagesstätten befasst. Wie vielschichtig die Probleme sind, wurde kürzlich wieder im Sozialausschuss deutlich.

Da informierte Fachdienstleiterin Ina Siebert über die Begutachtung vom „Haus des Handwerks“ in der Stadtbadstraße mit dem Ziel herauszufinden, ob es sich eventuell für die Unterbringung der Kita Bergmännchen eignet. Dabei wurden „immense Feuchtschäden im Keller und Erdgeschoss festgestellt. Die Haustechnik ist veraltet“. An Brandschutz fehle es. Die Treppe beispielsweise sei aus Holz. „Fazit“, so Ina Siebert, „Für die Innensanierung wurde ein Aufwand von 400 000 Euro pro Geschoss geschätzt.“ Davon gibt es drei mit jeweils 200 Quadratmeter Fläche. Zudem würden sich die räumlichen Gegebenheiten nicht für 80 Kinder eignen.

Von der Nutzung des Motivationszentrums im Athensleber Weg als Hort sollte man auch Abstand nehmen. Das war zuletzt ebenfalls im Gespräch. „Das Objekt gehört nicht der Stadt“, argumentierte Siebert. Die Gebäudestruktur ergebe Schwierigkeiten, die Aufsichtspflicht zu erfüllen. Eine Containerlösung hätte ebenfalls Bedenken bei Eltern ausgelöst wegen der Nähe zum Sodawerk. Mittlerweile suchte die Stadt mit dem Landkreis nach einem Weg – nämlich die Hortkinder länger in der Goetheschule zu betreuen.

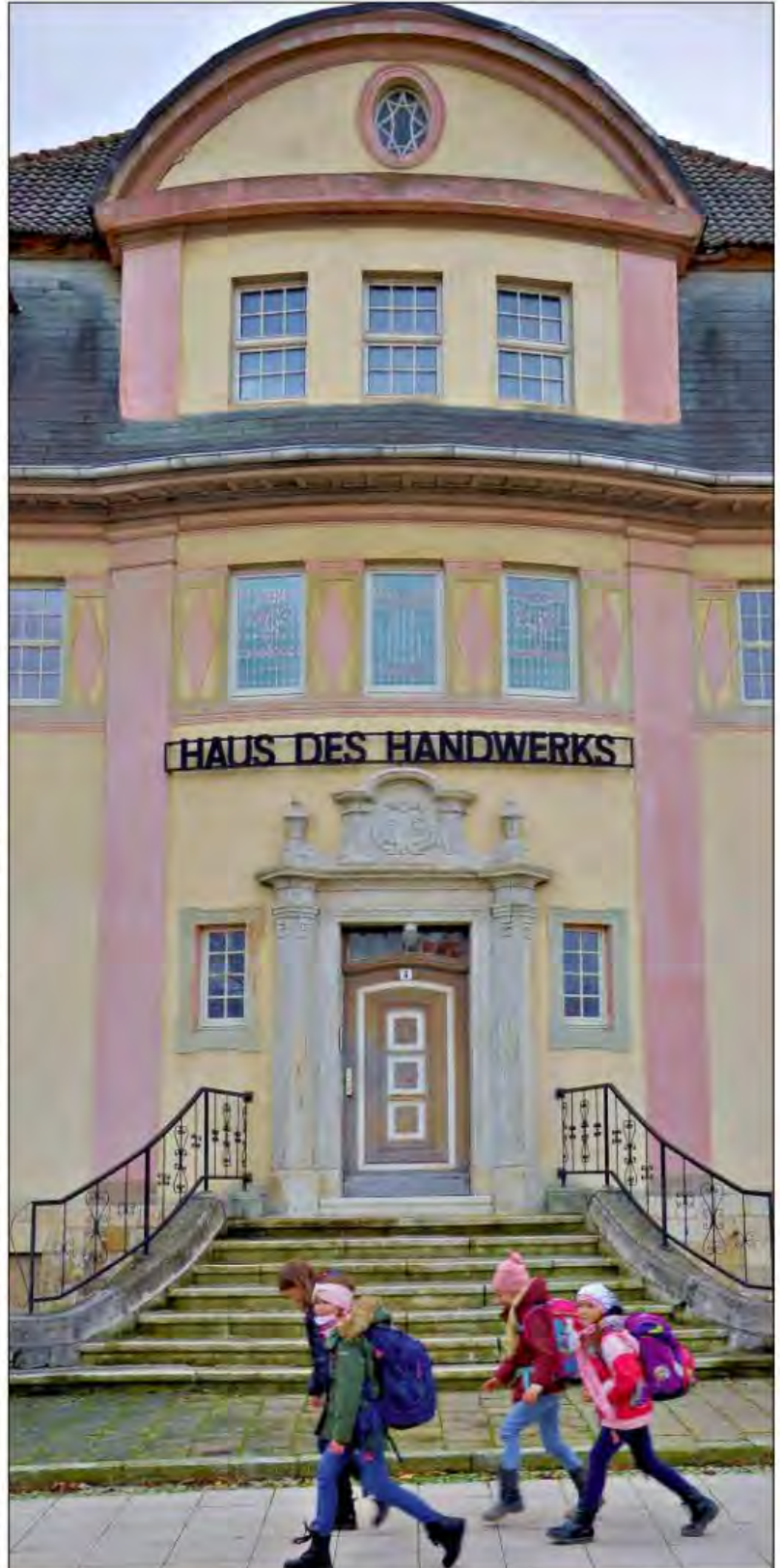
Hierzu wollte Kristina Schmidt vom Elternkuratorium mehr wissen. Ina Siebert erklärte, dass künftig die Grundschulen bezüglich der Hortangebote mehr einbezogen werden sollen. Dafür wolle man Fördermittel nutzen. Das passe gerade. Die Mittel gebe es nicht für den Hort, sondern nur für Ganztagsangebote an Grundschulen. „Das soll ab 2026 per Gesetz gelten“, so die

Fachdienstleiterin, „Wir wollen diese Räume auf alle Fälle nutzen und etwas Gutes tun.“ Fachbereichsleiter Florian Heidler ergänzte, erste bauliche Voraussetzungen an der Goetheschule seien mit der Schaffung einer Außentreppe als 2. Fluchtweg umgesetzt.

Für Empörung sorgte schließlich bei Bianca Görke (Linke) noch, dass man aus der Presse habe erfahren müssen, was mit der Kita Regenbogen Hohenexleben wird. Man sei überrascht gewesen, wie schnell da Signale von der Stadt gekommen seien. „Das hätten wir uns auch zu anderen Kitas gewünscht.“ Sie wertete die Signale – die Stadt will die Kita wieder übernehmen – als gut. Aber: „Wir sollten da mit einbezogen werden als Fachausschuss.“ Der Ausschussvorsitzende Michael Hauschild (SPD/Grüne) sagte, er sei informiert gewesen.

Für Peter Rotter (CDU) hat derweil „der Erhalt der Kita oberste Priorität. Das ist, denke ich, beabsichtigt von der Verwaltung und vom Oberbürgermeister.“ Sven Wagner (SPD) bekräftigte das: „Einer Übernahme durch die Stadt spricht doch nichts entgegen, wenn sich das finanziell darstellen lässt.“ Ina Siebert hatte zuvor zu einer diesbezüglichen Prüfung berichtet, dass die Aufwände für die Stadt die gleichen wären, die derzeit der Träger von ihr erhält.

Ein drittes Thema schob die Fachdienstleiterin an, als sie über die Vergabe weiterer Brandschutzmaßnahmen für die Kita Zwergenland Löderburg berichtete. Mit einem Baubeginn damit sei Anfang 2022 zu rechnen. Das wiederum wurmte die Bergmännchen-Kuratorin. Schmidt sieht „andere vorgezogen“ und verlangt endlich ein Konzept für das Bergmännchen. Florian Heidler versuchte, zu beruhigen: „Wir sind grundsätzlich bemüht, alle Kitas zu erhalten.“ Er verwies auf die Dringlichkeit der Brandschutzanlagen. Es sei aber mittlerweile auch schon um einen Neubau für Löderburg gegangen, hakte Kristina Schmidt ein. Ja, man brauche das Konzept, gab Heidler zu, man tue aber „das Wesentlichste, um die Kitas offen zu halten“. Der Ausschussvorsitzende beendete die Kita-Debatte – vorerst – mit der Aussicht: „Wir sind mit allen Leiterinnen noch mitten in der Diskussion.“ Ein kürzlich geplantes Treffen mit ihnen zum Kita-Konzept war wegen Corona verschoben worden.



Schätzungen der Stadt haben ergeben, dass der finanzielle Aufwand für die Innensanierung vom „Haus des Handwerks“ bei rund 400 000 Euro pro Etage, also insgesamt 1,2 Millionen Euro liegen würde, um es als Kita-Gebäude zu ertüchtigen.

Foto: Falk Rockmann

Beim Thema Pflege begleiten

Wie Staßfurter im „Dschungel“ der Einrichtungen und Hilfen besser durchsehen sollen

Wie komme ich an einen Platz im Altersheim? Was, wenn die Mutti in Kurzzeitpflege muss? Wer zahlt einen Treppenlift in meinem Haus? Bei all diesen Fragen fühlen sich Betroffene und Angehörige oft allein gelassen. Man möchte diese Menschen in Staßfurt jetzt an die Hand nehmen.



In Staßfurt versuchen Kommunalpolitiker, Verwaltungsfachleute, Seniorenbeirat und Wobau das große Thema zu ordnen. Foto: F. Richter

Von Franziska Richter

Staßfurt • Wenn das Thema Pflegeplatz oder Altersheim ansteht, muss es schnell gehen. Angehörige von erkrankten und älteren Menschen stehen oft hilflos vor der neuen Situation. In Staßfurt will eine neue Gruppe aus Stadträten, Verwaltung, Seniorenbeirat und Wobau jetzt mehr Anleitung und Hilfe bei dem Thema bieten – als Service für die Einwohner der Stadt.

Als „Dschungel“ bezeichnet Stadträtin Anja Schröter (SPD) die vielen Herausforderungen für Betroffene und Angehörige. Sie arbeitet in dieser neuen „Arbeitsgemeinschaft Pflege“ mit und meint: „Da ist man als Angehöriger manchmal ziem-

lich überfordert.“ Es brauche einen Überblick, welche Einrichtung in Staßfurt was genau anbietet. Und einen Leitfaden für Betroffene: Wie kann es etwa nach einem Krankenhausaufenthalt weitergehen – Kurzzeitpflege oder Heim?

Damit hat die Arbeitsgemeinschaft, die sich in diesem Monat gegründet hat, schon die erste Idee: Eine Übersicht zur Orientierung über alle Einrichtungen in Staßfurt auf der Internetseite der Stadt.

„Es muss auch eine Übersicht in Richtung Pflegekassen geben“, kommt Stadträtin Bianca Görke (Die Linke) zur

nächsten Idee. „Den Leuten muss klar werden, dass sie einen Anspruch auf gewisse Leistungen haben.“

Das kann auch Gundhild Böhme, technische Leiterin bei der Wobau Staßfurt, bestätigen. Das kommunale Wohnungsunternehmen hat viel mit dem barrierefreien Umbau von Wohnungen zu tun und hat sogar eine Sozialarbeiterin, die Mieter dazu berät. „Die Leute verstehen Schreiben von der Krankenkasse nicht oder falsch, wir helfen beim Ausfüllen von Anträgen. Vieles kommt über Hörensagen. Wenn Frau Meier von oben

eine barrierefreie Dusche bekommt, will Frau Müller von unten auch eine“, erklärt Böhme. „Ein Überblick zur Orientierung wäre ganz wichtig.“

Für Stadtrat Peter Rotter (CDU) soll sich der Service, den die Arbeitsgemeinschaft erarbeiten will, auch an pflegende Angehörige richten: „An die müssen wir herankommen“.

Stadtrat Ralf-Peter Schmidt (UBVS) sieht noch ein Problem: „Es gibt im Salzlandkreis keine einzige Einrichtung für zu pflegende junge Menschen. Die werden in Altersheimen untergebracht und müssen bei der Seniorensitzungsgruppe mitmachen.“ Wie wäre es denn, wenn sich Staßfurt mit so einer Einrichtung für junge Leute profilieren könnte?

Sieben Unternehmen in der Pflege in Staßfurt

Die neue Arbeitsgemeinschaft kommt nicht von ungefähr, sondern ist eine Vorgabe des Stadtrats. Großes Ziel ist „die Hilfe und Unterstützung der Menschen in Staßfurt, die Pflege brauchen“, erklärt die Gleichstellungsbeauftragte Christine Fischmann. Gemeinsam mit dem Seniorenbeirat war die Arbeitsgemeinschaft

vorbereitet worden, die sich jetzt einmal im Quartal trifft.

Fischmann lässt sich nun die Profile der Unternehmen, die im Pflegebereich in Staßfurt tätig sind, zuarbeiten. Die Einrichtungen sollen in die Arbeitsgemeinschaft eingebunden werden. Denn die „sieben Player in Staßfurt“ seien die eigentlichen Hauptakteure, die sich täglich engagieren, betont Oberbürgermeister Sven Wagner (SPD).

Auch die Geriatrie am Ameos-Klinikum sowie Betreiber von geplanten, neuen Einrichtungen in Staßfurt sollen um Mitarbeit gebeten werden. Statistiken und Daten sollen von Salzlandkreis, Jobcenter und Arbeitsagentur kommen.

Weil Pflegekräfte so viel leisten, ist übrigens die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD im Salzlandkreis heute in Staßfurt. Im Pflegeheim „Am Wasserturm“ will man vor der Einrichtung allen Pflegekräften Geschenke übergeben und sie individuell ehren. SPD-Kreisvorsitzender Jannis Gallinat kündigt an: „Die Pflegebranche ist am meisten von der Lage betroffen. Die Leute stehen unter enormen Druck, da reicht Klatschen nicht aus.“

VS_SFT_06.12.2021

Leidet die Demokratie unter Corona?

Bürger beklagt fehlende Fragestunde bei schriftlicher Sitzung des Stadtrats

In der Corona-Pandemie findet die Sitzung des Staßfurter Stadtrats schriftlich statt. Auch Bürgeranfragen können nur schriftlich erfolgen. Ein Einwohner findet: Die Öffentlichkeit wird so ausgeschlossen.

Von Enrico Joo
Staßfurt • Die Corona-Pandemie bringt einiges zum Stillstand. So auch den Stadtrat in Staßfurt. Der konnte am vergangenen Donnerstag nicht in einer Präsenzsitzung tagen. Im schriftlichen Umlaufverfahren müssen die Politiker bis 17. Dezember ihr Votum bei Beschlüssen abgeben.

Diese Not-Variante in Corona-Zeiten hat aber auch Nachteile. Eine Beteiligung der Bürger ist schwerer. Wer Fragen über Probleme in der Stadt hat, kann sich nicht wie gewohnt einfach während der Sitzung in der Einwohnerfragestunde erheben. Für den Staßfurter Burkhard Nimmich ist das ein Problem. Er findet, dass die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird. Er weist darauf hin, dass mit der aktuellen Hygieneverordnung eine normale Sitzung des Stadtrats möglich gewesen wäre. Und vermutet, dass Corona als Begründung vorgeschoben wurde.

„Will unser Oberbürgermeister nicht mehr mit den Räten und Bürgern reden oder diese zu Wort kommen lassen?“, fragt er. „Schriftlich ist eine



In der Corona-Zeit findet die Sitzung des Staßfurter Stadtrats normalerweise im großen Saal des Salzland Centers statt. Nur so können die Abstandsregeln eingehalten werden.

Foto: Falk Rockmann

außerordentlich zähe Form des Meinungs-austausches und kann im wörtlichen Verständnis zu nicht gleich korrigierbaren Fehlern führen. Man muss immer wieder zu der Beantwortung der gestellten Fragen in der Einwohnerfragestunde nachfragen und um eine wirklich inhaltliche Beantwortung der gestellten Fragen bitten.“ Es bräuchte eine andere Diskussions- und Umgangskultur.

Notsituation in Corona-Zeit seit 29. November

Die Stadt Staßfurt erklärt auf Nachfrage, dass der Salzlandkreis am 29. November eine Notsituation festgestellt hat, die in der pandemischen Lage

zusätzliche Handlungsoptionen eröffnet hat. So eben auch ein schriftliches Verfahren ohne persönliche Anwesenheit. Die Öffentlichkeit muss darüber in Kenntnis gesetzt werden. Das geschah durch Bekanntmachungen im Amtsblatt sowie durch Information in der Volksstimme. Oberbürgermeister Sven Wagner (SPD) hatte nach Vorschlag vom Stadtratsvorsitzenden Peter Rotter (CDU) die Entscheidung für ein schriftliches Verfahren getroffen.

„Die Entscheidung (...) beruht auf der Tatsache, dass sich die Verbreitung des Coronavirus in den vergangenen Wochen auch regional im Salzlandkreis deutlich erhöht hat und die Infektionszahlen sowie die

weiteren Indikatoren rasant angestiegen sind“, teilt Riccardo Achilles, Leiter der Serviceeinheit Verwaltungssteuerung und Service in Staßfurt, mit. „Aufgrund dieser Entwicklung der Pandemie-Lage und unter Beachtung des Gesundheitsschutzes ist die ordnungsgemäße Durchführung einer Präsenzsitzung des Stadtrates nahezu unzumutbar. So sollten weder die Mitglieder des Stadtrates, noch die Besucher oder die Beschäftigten der Verwaltung einem zusätzlichen gesundheitlichen Risiko ausgesetzt werden.“

Einwohner können dabei natürlich trotzdem Fragen stellen. Das geht per E-Mail an sitzungsdienst@staassfurt.de oder

per Post an Stadt Staßfurt, Hohe-nerxlebener Straße 12, 39418 Staßfurt. Die vierwöchige Frist für die Beantwortungen gilt genauso wie bei mündlichen Anfragen in der Sitzung des Stadtrats.

Die Fraktionen im Stadtrat unterstützen die Stadt beim Umlaufverfahren. „Die Inzidenzen sind alarmierend. Ich trage die Entscheidung mit“, sagt Bianca Görke (Linke). „Zumal nichts Gravierendes auf der Tagesordnung stand.“ Fast gleich klingt es bei Johann Hauser (FDP). „Die Pandemie überrollt uns. Die Gesundheit geht vor“, sagt er. „Es darf allerdings keine Dauerlösung sein.“ Michael Hauschild (SPD/Grüne) meint: „Wir begrüßen das. Alle Themen wurden in den Ausschüssen vorbereitet.“

Stephan Czuratits (CDU) bedauert es, dass die Teilhabe der Bürger diesmal eingeschränkt ist. „Es darf nicht zur Regel werden“, sagt er. „In der aktuellen Lage ist es aber vernünftig, zumal brennende Themen wie der Haushalt nicht auf der Tagesordnung standen. Es muss aber einmalig bleiben.“

Für Matthias Büttner (AfD) soll es ebenfalls eine einmalige Lösung sein. „Die Einwohner-sprechstunde ist ein sehr hohes Gut“, sagt er. Ralf-Peter Schmidt (UBvS) zieht Vergleich zum Kreistag, der einen Tag vor dem Stadtrat angesetzt war. „Da haben sich 60 Kreistagsmitglieder getroffen und einen Tag später können sich über 30 Stadträte in Staßfurt nicht treffen. Das ist Demokratieverlust. Es ist irreführend, das mit Coro-

na zu begründen“, sagt Schmidt.

Digitale Variante bisher nicht umsetzbar

In der Egeler Mulde hatten Sitzungen schon digital stattgefunden. In Staßfurt war das bisher keine Option. „Eine Durchführung der Sitzung im Rahmen einer Videokonferenz erschien nicht praktikabel“, so Achilles. „Eine Videokonferenz mit 40 Teilnehmenden (...) ist insbesondere für die Sitzungsleitung schwierig zu überblicken und zu handhaben. Weiterhin wäre sicherzustellen, dass alle Teilnehmenden über ausreichend Bandbreite eines Internetanschlusses verfügen. Die Verwaltung sieht außerdem Schwierigkeiten in der Umsetzung der Nichtöffentlichkeit für nichtöffentliche Beschlussvorlagen.“

Die Fraktionen fordern die Verwaltung dazu auf, digitale Möglichkeiten zu erproben. „Das sollte unsere Zukunft sein“, so Görke. Auch Czuratits spricht sich für hybride oder rein digitale Sitzungen aus.

„Der Januar muss genutzt werden, um modernere Verfahren zu besprechen“, meinte Büttner. Als Landtagsabgeordneter erlebt er dort auch immer wieder rein digitale Sitzungen. Dort gebe es auch eigene Mitarbeiter. „Das ist in Staßfurt aber wegen der Technik schlechter umsetzbar.“ Aber: „Wichtige Themen sollten auch in Zukunft in Präsenz stattfinden. Da bekommen Diskussionen eine andere Dynamik“, so Büttner.

VS_SFT_15.12.2021

Staßfurt schuldet Kita 250 000 Euro

Für 2017 bis 2020 wartet Kinderhaus St. Martin auf Leistungs-Anteile der Stadt

Weil der Stadtrat bislang Nachzahlungen städtischer Anteile von Betreuungskosten nicht freigegeben hat, wartet der freie Träger vom Kinderhaus St. Martin Staßfurt auf insgesamt 250 000 Euro für einen Zeitraum von vier Jahren. Jetzt hatte der Stadtrat die „unendliche Geschichte“ erneut auf dem Tisch.

Von Falk Rockmann
Staßfurt • Es geht um nicht weniger als ausstehende Anteile an Betreuungskosten, die die Stadt Staßfurt der katholischen Pfarrei St. Marien Staßfurt als Trägerin der Kindertagesstätte Kinderhaus St. Martin für die Jahre 2017 bis 2020 schuldet - immerhin eine Viertelmillion Euro. Die übrigens teilweise als Nachzahlungen gefordert werden, weil sich beispielsweise die Kinderzahlen geändert haben oder auch Personalkosten.

Im Sozialausschuss war zuletzt eine Diskussion entbrannt, nachdem Fachdienstleiterin Ina Siebert die Beschlussvorlage zum Einvernehmen für die Verträge genannter Jahre vorgestellt und unterstrichen hatte, dass die Nachfrage schon einmal fast in gleicher Form vorgelegen hätten, und dass vier Verfahren bei der Schiedsstelle anhängig seien.

Peter Rotter: Wir verstoßen gegen das Gesetz

Peter Rotter (CDU) monierte: „Die Zahlen differieren. Ich habe es nicht geschafft, daraus schlau zu werden.“ Und: „Wozu sind Schiedsstellen gut, wenn sie nach Jahren nicht entscheiden und die Sachen an die Kommunen zurückverweisen?“ Er sei jedenfalls der Meinung, dass „wir permanent gegen das Sozialgesetzbuch VIII verstoßen. Nachverhandlungen sind nicht zulässig“.

Ina Siebert entgegnete, dass die Stadt für die laufenden Jahre Zahlungen geleistet habe

Kommentar

Ausgerechnet St. Martin

Dass es nun ausgerechnet eine Kita mit dem Namen traf, welcher Sinnbild fürs Teilen ist. Für den Stadtratsvorsitzenden ging es um mehr als um diese eine Einrichtung. Peter Rotter sah die Chance, vielleicht den grundsätzlichen „Mangel am Gesetz“ zu ändern. Nämlich, dass der die Musik bezahlen soll, wer sie bestellt. Städte und Gemeinden sitzen zwar mit am Tisch, wenn freie Träger mit dem Landkreis um Ent-



Falk Rockmann zum Ausbleiben von Zahlungen

gelte verhandeln, dürfen aber nichts mitentscheiden. Aber einen freien Träger derart in Bedrängnis zu bringen, ist gelinde gesagt nicht die feine englische Art. Man kann der Stadt sicher keine Methode unterstellen. Aber immerhin verabschiedete sich kürzlich der zweite freie Träger innerhalb der Stadt von einem Kita-Geschäft. Man darf nicht vergessen: Kommunen waren schonmal froh, Kitas in freie Trägerschaft geben zu können.

und es sich nun um reale Nachzahlungen handele. „Wir verhandeln nie für die Vergangenheit. Die Stadt ist auch nur dabei. Der Landkreis verhandelt für einen Zeitraum mit Stichtag für das folgende Jahr. Es wird also auch nicht gegen das Gesetz verstoßen.“

Bianca Görke: Dieses Gesetz ist Mist

Bianca Görke (Linke) meinte: „Dieses Gesetz ist Mist.“ Demokratische Beteiligung? Fehlzanzeige! „Manche Kostensteigerung ist auch nicht nachvollziehbar.“ Die Fachdienstleiterin erklärte dazu, dass die Kosten nicht immer in die Höhe geschossen wären. Und für Hausmeister in allen Einrichtungen wäre immer die Kinderanzahl das Maß. Im übrigen wäre Staßfurt eine der wenigen Kommunen, in denen der Stadtrat in Sachen Leistungs-Entgeltvereinbarungen einbezogen werde und die Verwaltung diesbezüglich nicht allein handele.

Dass die bei der Schiedsstelle des Sozialministeriums registrierten Verfahren für die Jahre 2017 bis 2020 noch nicht verhandelt wurden, liege am Wunsch der Parteien, war von Pressesprecher Andreas Pinkert zu erfahren. „Vielmehr wollten die Parteien selbst eine Regelung verhandeln.“ Eine

Umsetzung der Vereinbarung sei bislang an der ausstehenden Zustimmung seitens der Stadt gescheitert. Und Pinkert erklärt zur diesbezüglichen Kritik weiter, dass die Geschäftsstelle der Schiedsstellen im Sozialministerium deshalb einen Antrag auf Fortsetzung der Verfahren und eine Mitteilung zum aktuellen Sachstand erwartet habe. „Sobald ein solcher Antrag in Magdeburg einget, wird ein Verhandlungstermin zeitnah festgesetzt.“

Ob es soweit kommen wird, ist derweil offen. Nachdem sowohl der Sozialausschuss als auch der Finanzausschuss zuletzt weiterhin die Verträge ablehnten, hatte der Stadtrat das Thema seit 9. Dezember im so genannten Umlaufverfahren auf der Tagesordnung. Die Abstimmung in der Nicht-Präsenzveranstaltung war nun bis vergangenen Freitagabend, 18 Uhr, möglich. Ein Ergebnis stand am Wochenende leider noch aus.

SPD und FDP wollen Thema endlich vom Tisch

Michael Hauschild (SPD/Grüne) konnte schon mitteilen: „Unsere Fraktion war für das Einvernehmen, damit das Thema endlich vom Tisch kommt.“ Die FDP sieht das ähnlich und stimmte auch dafür. AfD, CDU, Linke und



Die Pfarrei St. Marien als Träger des Kinderhauses St. Martin wartet auf 250 000 Euro Betreuungskostenanteile der Stadt. Foto: F. Rockmann

UBVs ließen offen, wie ihre Fraktionsmitglieder zum Thema entscheiden. UBVS-Stadtrat kritisiert unterdessen das schriftliche Umlaufverfahren an sich, unter anderem weil dabei keine Argumente mehr ausgetauscht oder Änderungsanträge angebracht werden könnten.

Abstimmungsergebnis erst Tage später

Peter Rotter bleibt bei seiner Meinung. Man sei schließlich auch im Kreistag nicht über eingekommen zu diesem Thema. Ja, es habe eigentlich den Falschen getroffen, gibt der CDU-Politiker zu, „aber es ist ein grundsätzliches Problem.“ Im Vorfeld des hoffentlich bald vorliegenden Ergebnisses hofft Rotter, „dass die Stadt nicht einknickt und man dadurch grundsätzlich nichts erreicht.“ Er sei nach wie vor gegen das Verfahren der Entgeltvereinbarungen. „Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen.“

Abgesehen davon, dass es im digitalen Zeitalter nicht möglich ist, das Abstimmungsergebnis - wie bei einer Wahl beispielsweise - noch am gleichen Abend zu erfahren, sondern erst Tage später, sitzt der Träger des Kinderhauses St. Martin nach wie vor wie auf Kohlen.

„Über das Engagement der

Verwaltung kann man nicht meckern“, so Susanne Sperling, Pressesprecherin des Bistums Magdeburg im Auftrag des Trägers. „Wir sind schon traurig, dass die Verträge für die Jahre 2017 bis 2020 bislang abgelehnt wurden, während sie für 21 akzeptiert wurden - trotz gleicher Argumentation.“

Träger: Minus von 250 000 Euro nicht lange verkraftbar

Ein Minus von 250 000 Euro könne die Pfarrei jedenfalls nicht mehr länger verkraften. Jetzt könne man nur noch hoffen. Der Bedarf an der Betreuung in dieser für alle offenen Einrichtung sei jedenfalls vorhanden. Das Kinderhaus St. Martin wird von 100 Jungen und Mädchen besucht.

Dass Träger von Kindertagesstätten das Handtuch werfen beziehungsweise ankündigen, es tun zu müssen, war zuletzt beim Regenbogen Hohenexleben der Fall. Die Stiftung Staßfurter Waisenhaus hatte die Einrichtung von der Lebenshilfe vor sechs Jahren übernommen. Jetzt signalisierte der Nachfolger selbst, die Kita aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr betreiben zu können und muss sie ab Frühjahr 2022 abgeben. Die Stadt Staßfurt wiederum würde die Einrichtung übernehmen.

Nonsens nur mit Humor zu ertragen

VS_SFT_08.01.2022

Zum Volksstimme-Beitrag „Schicksal liegt in den Karten“, in der Wahrsagerin Corinna Mertsch in der Ausgabe vom 3. Januar auf das Jahr 2022 für Staßfurt blickt und unter anderem auf die Chancen der bisher drei Kandidaten zur Bürgermeisterwahl schaut, reagierte Bianca Görke, die für die Linke zur Wahl antreten will.

Vorbei, dachte ich. Für mich passt die Kandidatur numerologisch nicht, falscher Anfangsbuchstabe, kann man nichts machen. Es liegt also nicht an der Qualifikation, am Engagement? Ach hätte mich meine Mutti doch nur Runhild genannt!

Nach kurzem Innehalten habe ich dann aber doch noch den Hahn, meine Nachbarn und meine Katze um Rat gebeten. Als auch der Kaffeesatz ein sehr eindeutiges Muster ergab, wusste ich, meine Zeit ist doch noch nicht vorüber. Es gibt noch Hoffnung, wenn die Sterne günstig stehen.

Mein Favorit war aber „Gibt es das Krankenhaus noch?“, um dann zu schwadronieren, das Klinikum wird sich entwickeln. Eine ehemalige Löderburgerin erkennt René (*gemeint ist Bürgermeisterkandidat René Zok - Anm. d. Red.*) gar nur am Buchstaben und sagt ihm mathematisch die Fähigkeiten voraus, natürlich ganz neutral und im Sinne der logischen Kartenfolge. Solch einen journalistischen Nonsens kann ich wirklich nur mit Ironie und Humor ertragen.

Staßfurt: Wohin geht die Reise?



VS_SFT_
10.01.2022

Sven Wagner, Bianca Görke und René Zok bringen sich in Position für die Bürgermeister-Wahl

Am 20. März wird in Staßfurt der Bürgermeister gewählt. Sven Wagner (SPD), Bianca Görke (Linke) und René Zok (CDU) sind bisher als Kandidaten bekannt. Welchen Rückhalt sie in den Parteien genießen.

Von Enrico Joo

Staßfurt • In zehn Wochen sind die Staßfurterinnen und Staßfurter aufgerufen, ein neues Stadtobhaupt zu wählen. Oder bleibt alles beim Alten? Bisher sind drei Kandidatinnen und Kandidaten bekannt, die Bürgermeister von Staßfurt werden oder bleiben wollen. Nach sieben Jahren in der ersten Amtszeit ist der Hohenerklebener Sven Wagner (SPD) motiviert, seine Arbeit fortzuführen. Er will Oberbürgermeister bleiben. René Zok (CDU) und Bianca Görke (Linke) wollen ihm den Posten abnehmen und selbst ins Rathaus einziehen und Bürgermeisterin beziehungsweise Bürgermeister werden.

Wie ist die Stimmung bei den Abstimmungen in den Parteien gewesen? Klar ist: Nur Bianca Görke vereinte alle hinter sich. Die Linke-Kandidatin bekam Ende November 2021 100 Prozent der Stimmen. Anders sah es bei Sven Wagner und René Zok aus. Amtsinhaber Wagner bekam von den SPD-Genossen Ende Oktober acht Ja-Stimmen, dazu gab es zwei Enthaltungen. René Zok wurde Mitte Oktober bei seiner Kandidatenwahl bei der CDU mit 96 Prozent gewählt.

In der CDU genießt Zok (noch) nicht das Vertrauen aller Parteifreunde. Obwohl er von 2008 bis 2015 bereits Oberbürgermeister in Staßfurt war. Damals trat er als parteiloser Kandidat der Wirtschaft an, war immer CDU-nah und hatte sich doch im Stadtrat mit einigen Christdemokraten entzweit. Gerade zum Ende seiner Amtszeit war der Riss unübersehbar.

Ist er jetzt der CDU-Kandidat das kleinsten gemeinsamen Nenners? Weil es keinen anderen gibt? „Grundsätzlich ist es nie so, dass alle den Kandidaten gut finden“, sagt Stephan Czuratiss, Fraktionsvorsitzender der CDU im Stadtrat. „Zwei Personen haben gesagt, dass es nicht ihr Kandidat ist. Da gab es Zählknirschen. Es gab aber keine objektiven Gründe, ihn nicht zu nominieren. Zok ist ein guter Kandidat. Und es ist so, dass die CDU immer einen Kandidaten stellen will.“ Zok habe in seiner ersten Amtszeit viel angesprochen. Viele Investitionsmaßnahmen, mit denen Wagner sich jetzt (zu Recht) rühmt, seien unter Zok eingeleitet worden.

Lange Zeit sah es so aus, dass Czuratiss selbst Bürgermeister werden will. Mit seinen 37 Jahren hat dieser sich in der CDU schnell einen Namen gemacht. Mit vielen Ideen und Anträgen schärfte er sein Profil. Vor allem Dritte brachten ihn immer wieder ins Gespräch, er überlegte. „Ich fand die Idee charmant, hätte aber loslassen müssen vom Theater“, sagt er. Czuratiss ist Leiter des Salzlandtheaters. Diesen Posten hätte er aufgeben müssen. Was er eigentlich nicht wollte. „Ich habe mir gesagt, du



Theaterfördervereinschefin Bianca Görke (rechts) und Oberbürgermeister Sven Wagner stehen auch gemeinsam in der Öffentlichkeit. Hier wurde zuletzt der Grundstücküberlassungsvertrag für das Salzlandtheater übergeben.

Foto: Falk Rockmann



René Zok war bereits von 2008 bis 2015 Oberbürgermeister in Staßfurt. Er will jetzt eine zweite Amtszeit.

Foto: René Kiel

wärst verrückt, wenn du von Bord gehst.“ Czuratiss besprach sich mit seiner Frau und stellte fest: Er ist eigentlich glücklich mit dem, was er im Salzlandtheater tut. Im August 2021 informierte er den Ortsvorstand, dass er sich von seiner Kandidatur zurückzieht. So war der Weg für René Zok frei, der parallel schon seinen Mitgliedsantrag bei der CDU eingereicht hatte. Was Czuratiss laut eigenen Aussagen nicht wusste. Er sei nicht davon beeinflusst worden.

Hat Czuratiss für Bianca Görke verzichtet?

Hat Stephan Czuratiss womöglich zugunsten von Bianca Görke verzichtet? Dieses Gerücht geht in der Stadt herum. Bianca Görke ist die Bürgermeister-Kandidatin für die Linke. Klar ist: Eine Kampfkandidatur gegen Czuratiss wäre sicher nicht förderlich gewesen für die Zusammenarbeit zwischen den beiden. Bianca Görke ist die Vorsitzende des Theaterfördervereins und arbeitet hier mit Czuratiss als Leiter der kulturellen Einrichtung Seite an Seite. Zusammen entwickeln sie das Salzlandtheater, schärfen das Profil des Hauses, generieren Fördermöglichkeiten und vertrauen sich. Trotz zuweilen politisch ziemlich gegensätzlicher

Ansichten. Das Vertrauen sollte wohl nicht belastet werden.

Görke jedenfalls genießt in ihrer Partei großen Rückhalt. „Wir sind froh, dass Bianca gesagt hat, dass sie antritt“, sagt der Löderburger Carsten Fütterer, der für die Linke im Staßfurter Stadtrat sitzt. „Sie ist eine starke Stimme, nimmt kein Blatt vor den Mund. Es gehört auch einfach mal eine Frau auf den Posten. Als Frau hat sie vielleicht mehr Einfühlungsvermögen, sie könnte menschlich und sozial agieren und etwas ändern.“

War das eine Spitze gegen den bisherigen Amtsinhaber Sven Wagner? Man kann das so lesen. „Er ist bockig, widerspricht, lacht Bürger aus und ruft dazwischen im Stadtrat. Das ist nicht in Ordnung. Er ist menschlich nicht reif genug“, sagt Fütterer. „Er benimmt sich manchmal wie ein Kleinkind. Das gehört sich für einen Bürgermeister nicht.“ Auch Stephan Czuratiss hat Bedenken mit Wagner. Er sieht seinen CDU-Kandidaten im Vorteil. „René Zok hört auch mal zu. Im Gegensatz zu Sven Wagner“, sagt Czuratiss.

Dem Staßfurter Oberbürgermeister eilt mittlerweile ein Ruf voraus. In vielen Fraktionen gibt es ähnliche Töne. Zuweilen trete er schnippisch auf, nehme Kritik persönlich und könne es nicht

Kommentar

Alle haben Argumente

Sieben lange Jahre sind herum. Am 20. März dürfen die Staßfurterinnen und Staßfurter direkt wählen. Soll es Sven Wagner noch einmal machen? Soll es sein Vorgänger erneut versuchen? Braucht Staßfurt eine Frau an der Spitze? Gute Argumente gibt es für alle Kandidatinnen und Kandidaten. Genauso gut können alle nachvollziehbar argumentieren, wieso es der oder die andere nicht werden soll. Es ist



Enrico Joo über die Wahl am 20. März in Staßfurt

gut, eine Wahl zu haben. Davon lebt die Demokratie. So langsam beginnt die heiße Phase. Klar ist: Alle wollen das Beste für Staßfurt, auch wenn der Weg sicher unterschiedlich ist. Jetzt braucht es detaillierte Visionen. Ich erwarte, dass alle drei mit einem klaren Plan antreten, wie sie die nächsten sieben Jahre Staßfurt besser machen wollen. Bisher ist in dieser Hinsicht noch nicht viel zu hören. Es ist bisher zu ruhig.

von der Sachebene trennen, heißt es. Andererseits heißt es, dass er in der Verwaltung seit seiner Amtsübernahme 2015 einiges auf den Kopf gestellt hat. Er setzt Fristen, fordert Mitarbeiter, verlangt viel. Und wird ungenügend, wenn etwas nicht funktioniert, heißt es. So habe er aber einiges positiv entwickelt.

Sven Wagner fordert seine Mitarbeiter

Innerhalb der SPD genießt Wagner großes Vertrauen. Die Genossen sind froh, dass er noch mal antritt. Obwohl gerade im Stadtrat die Unterschiede sichtbar wurden. Nicht nur einmal hat die SPD-Fraktion Anträge eingebracht, die Meinungen und dem Vorgehen von Wagner widersprachen. Zwischendurch hieß es, man wolle sich mehr abgrenzen, man ging auf Distanz.

Mittlerweile herrschen andere Töne. „Es macht Sven Wagner besser, wenn wir auch Dinge kritisch hinterfragen“, sagt Michael Hauschild, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Stadtrat. „Er ist sehr gut in seine Funktion hineingewachsen, ist fleißig, übernimmt Verantwortung. Wir stehen zu 100 Prozent zu ihm. Sonst hätten wir ihn nicht aufgestellt.“ Wagner wird auch menschlich geschätzt. „Er ist auf

dem Boden geblieben. Während andere Oberbürgermeister in anderen Städten zwei bis drei Jahre hyperaktiv waren und dann ruhiger wurden, läuft es bei ihm straff durch“, sagt Hauschild.

In verwaltungsinernen Konferenzen soll Wagner ähnlich auftreten wie in der Öffentlichkeit. Wagner hinterfragt viel, will alles wissen und auch bei jeglicher Außendarstellung das letzte Wort haben. Muss ein Chef immer beliebt sein? Das ist Ansichtssache. Sven Wagner ist es wohl nicht. Er stellt das Wohl der Stadt aber über alles. Zweifellos brennt er für Staßfurt, hat in der Verwaltung „Zug reingebracht“, wie es intern heißt und viel angesprochen. Ausrufen ist hier nicht (mehr). Denn unter seinem Vorgänger René Zok soll es gemütlicher ablaufen sein. „Mitarbeiter konnten teilweise machen, was sie wollen“, heißt es hinter vorgehaltener Hand.

Wäre es für die CDU besser gewesen, wenn Czuratiss angetreten wäre? In der CDU gab es diese Gedankenexperimente. Er war die letzten Jahre mehr im Fokus, hat sich als Fraktionsvorsitzender einen guten Ruf erarbeitet, hat mehr Rückhalt als Zok. Czuratiss ist trotzdem froh, dass er nicht antritt. „Mir geht es besser, seitdem ich weiß, dass ich es nicht mache. Ich schlafe ruhiger“, sagt er.